

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 18a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark,
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **530000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter.

Der ständigen Reihe von Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter hat der Vorstand unseres Verbandes soeben eine neue hinzugefügt, die obigen Titel trägt. Der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in der Eisen- und Metallindustrie wohl am schwersten geplagten Arbeiterschicht — den Hüttenarbeitern — ist das umfangreiche Buch gewidmet, das jetzt seinen Weg angetreten hat an viele Tausende von Verbandsmitgliedern, die durch Bestellung des Buches ihr lebhaftes Interesse an der Lage der Hüttenarbeiter bekunden haben. Das Buch wird auch den Gewerbeinspektoren, den Behörden, dem neugewählten Reichstag und den Mitgliedern des Bundesrats überliefert werden, um diesen Körperschaften — die zum Teil bisher der Lage der Hüttenarbeiter nicht das nötige Verständnis entgegenbrachten — einen wahrheitsgetreuen Einblick in die Verhältnisse der Hüttenarbeiter zu vermitteln und sie durch die Wucht der Tatsachen zu überzeugen, daß für die Hüttenarbeiter ein wirksamerer Schutz notwendig ist, als er ihnen bis jetzt zuteil wurde.

Die Hüttenarbeiter von heute werden nicht mehr in der idyllisch gelegenen Hütte und Walzschmiede beschäftigt, in der im vorigen Jahrhundert noch das Eisen geschmolzen und gebrauchsfähig gemacht wurde, sondern sie sind eingepaßt in das schwere Joch kapitalistischer Fronarbeit. Unmenschlich harte Arbeit — verbunden mit langer Arbeitszeit — ist ihr Los. Dabei sind sie unlanert von zahlreichen Gefahren, die ihr Leben und ihre Gesundheit bedrohen. Dual und Müdigkeit, Hoffnungslosigkeit und dumpfer Schmerz herrscht daher in den Hüttenwerken der Großindustrie.

Seit einer Reihe von Jahren ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband bemüht, die Öffentlichkeit auf die Lage der Hüttenarbeiter aufmerksam zu machen, das tieftraurige Los dieser für die Allgemeinheit so wichtigen Arbeiterschichten zu verbessern. So wurden unter anderem dem Reichstag verschiedene Resolutionen unterbreitet, die einen besseren Schutz der Hüttenarbeiter verlangten und eine Denkschrift herausgegeben, in der die Lage der Hüttenarbeiter besprochen wurde. Die Regierung mußte dem wiederholten Verlangen und Drängen entsprechen, sie tat dies aber nur zögernd und unvollkommen. Nach langen „Erwägungen“ wurde zum Schutz der Arbeiter in der Großindustrie vom Bundesrat eine Verordnung erlassen. Der Inhalt dieser Verordnung ist unseren Lesern aus den vielen Kritiken bekannt, die über sie veröffentlicht wurden. Die Lage der Hüttenarbeiter hat sich seit Einführung der Bundesratsverordnung wenig geändert. Die Hüttenarbeiter müssen nach wie vor in zwölfstündigen Schichten bei jeder Witterung ihre Arbeit vollbringen, die Stahlwerksarbeiter üben immer noch täglich zwölf lange Stunden ihre gesundheitschädigende, oft Tod und Verderben bringende Arbeit aus, und immer noch stehen die Arbeiter zwölf Stunden und noch länger in Schweiß gebadet vor ihren Martin- und Puddelöfen und an den Walzenstraßen bei gefährvoller schwerer Arbeit.

Die Produktionsweise der Hüttenindustrie ist vielen Metallarbeitern unbekannt, viele haben keine Ahnung von den gigantischen Kräften, die in der Schwerindustrie am Werke sind und sie machen sich kein zutreffendes Bild von der gebrauchsfähigen Herstellung des Metalls, mit dem sie täglich und stündlich zu tun haben. Sogar ein Teil der Hüttenarbeiter ist in völliger Unkenntnis über die Arbeitsprozesse, die in den verschiedenen Betriebsabteilungen der Hüttenwerke vor sich gehen. Das Betreten der einzelnen Abteilungen in den Hüttenwerken der Schwerindustrie ist den Arbeitern streng untersagt, sie kommen daher über den Arbeitsplatz nicht hinaus, an den sie bei ihrem Eintritt in das Werk gestellt werden, die Vorgänge in den anderen Teilen der Werke bleiben ihnen daher unbekannt. Diese Gründe veranlassen den Verbandsvorstand, vor der eigentlichen Darstellung der Arbeitsbedingungen der Hüttenarbeiter ein Bild von der technischen und geschichtlichen Entwicklung der Schwerindustrie zu geben.

Wir finden daher in dem vorliegenden Buche in einem einleitenden Kapitel eine kurze Geschichte der Eisengewinnung, darauf wird der Produktionsprozeß dargestellt und gezeigt, welche Vorgänge sich im Hochofen-, im Bessemer- und Thomaswerk, im Martin- und Puddelwerk abspielen, und wie sich die Formgebung des Eisens vollzieht. Die Entwicklung der Schwerindustrie in den einzelnen Landesgebieten, die in dem Buche dargestellt ist, wird besonders für die Hüttenarbeiter von lebhaftem Interesse sein. Diese Entwicklung wird in besonderen Abschnitten gezeigt für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, das Siegerland, das Ruhrgebiet und den Mittelkreis, für Lothringen und Luxemburg, für das Saargebiet, für den Sundrüd, die Eifel und die untere

* Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. XVI und 688 Seiten Großoktav. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Verlag von Alexander Schöde & Cie. Preis 7,50 M., für Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Vorzugspreis.

Motiv für Schlessen und für das übrige Deutschland. Anschaulich werden in diesem Abschnitt die Faktoren geschildert, die von bestimmendem Einfluß auf die Entwicklung der Schwerindustrie in einzelnen Gebieten und auf den Rückgang der Industrie in anderen Gebieten gewesen sind.

Die schier unermesslichen Errungenschaften der modernen Technik sind am erfolgreichsten und durchgreifendsten im Eisenhüttenwesen zum Ausdruck gekommen. Der moderne Betrieb der Eisenhütten erfordert eine ausgedehnte Verwendung mechanischer Hilfsmittel, da der Mensch allein nicht imstande ist, die gewaltigen Naturkräfte zu bändigen und in Fesseln zu halten, die sich ihm bei der Gewinnung des Eisens entgegenstellen. In einem besonderen Kapitel werden die mechanischen und technischen Hilfsmittel der Schwerindustrie einer Betrachtung unterzogen und die Einrichtungen einiger Hüttenwerke gezeigt, die einen allgemeinen Überblick über die Verwendung dieser Hilfsmittel ermöglichen.

In zwei weiteren Abschnitten wird das Wesen der Kartelle und der Aktiengesellschaften für die Schwerindustrie erörtert, die Rentabilität und die Gewinnverteilung von 93 Aktiengesellschaften der Hütten- und Walzwerke sind für eine fünfjährige Zeitperiode zur Anschauung gebracht. Es wird damit der Nachweis geführt, daß die Schwerindustrie vorzügliche Gewinne abwirft. Im Rechnungsjahr 1909 auf 1910 zum Beispiel verteilten 76 Aktiengesellschaften der Hütten- und Walzwerksindustrie einen Reingewinn von 155,46 Millionen Mark; Dividenden wurden von 63 Gesellschaften in Höhe von 109,93 Millionen Mark ausgeteilt, 58 Gesellschaften verteilten 7,98 Millionen Mark Lantien und Gratifikationen. Abgeschrieben und zurückgelegt wurden 17,31 Millionen Mark und der Gewinnvortrag belief sich auf 16,46 Millionen Mark. Neben diesen ungeheuren Summen nahmen sich die 3,76 Millionen Mark Zuwendungen zu den von den Werken errichteten Wohlfahrtsfonds recht mager aus. Trotzdem wissen die Goldschreiber des Hüttenkapitals nicht genug Aufhebens von den Beträgen zu machen, die die Werke für Wohlfahrtszwecke ausgeben.

Den Geschäftsergebnissen von zehn Aktiengesellschaften aus den letzten fünf Jahren werden die Löhne der Arbeiter gegenübergestellt mit dem rechnungsmäßigen Ergebnis, daß das dividendenberechtigte Kapital dieser zehn Gesellschaften eine Steigerung von 25 Prozent, der Rückstellungen eine Erhöhung von 36,8 Prozent und der erzielte Reingewinn inklusive Abschreibungen eine Erhöhung von 14,7 Prozent erfahren hat. Der Durchschnittsverdienst der Arbeiter erhöhte sich in der gleichen Zeitperiode nur um 3,69 Prozent. Durch den Fleiß und die Intelligenz der Arbeiter sind also riesige Mehrwerte herausgewirtschaftet worden, die Arbeiter selbst haben davon aber sehr wenig profitiert.

Weitere Kapitel behandeln die Weltproduktion an Roheisen, die Erzländer der Welt, die Eisenproduktion Deutschlands und die deutsche Ein- und Ausfuhr von Hüttenprodukten. Ein besonders umfangreicher Abschnitt ist dem heutigen Stande der Schwerindustrie in den einzelnen Landesgebieten, dem Zweck der Unternehmungen, ihren Betriebsabteilungen und ihrer Produktion gewidmet. Wir finden darin, in welcher umfangreichen Maße sich ein Teil der Werke spezialisiert hat, wir sehen, daß sich die Werke längst nicht mehr allein auf die Urproduktion von Eisen und Stahl beschränken, sondern sich Verfeinerungsbetriebe angegliedert haben, die das Eisen und den Stahl zu allen möglichen Fertigprodukten weiterverarbeiten. Mit Bienenfleiß ist hier ein Material zusammengetragen worden, das einen tiefen Einblick in die Produktion der Hüttenwerke gewährt. Unseres Wissens ist in solchem Umfang für die Hüttenindustrie noch nie eine Darstellung dieser Art gegeben worden.

Die zweite Hälfte des Buches behandelt die eigentliche Lage der Hüttenarbeiter. Die genaue Zahl der in den Hüttenwerken beschäftigten Personen ist schwer festzustellen. Die Betriebsstatistik vom Jahre 1907 zählt in der Gruppe: „Herstellung von Eisen und Stahl für Walz- und Hammerwerke“ 217456 männliche und 3457 weibliche Personen. Die Betriebsstatistik zählt aber nicht den Gesamtbetrieb, sondern die technischen Stufen des Produktionsprozesses, diese 220913 Personen entfallen daher nur auf die direkte Herstellung von Eisen und Stahl und auf die Formgebung des Eisens; die vielen Verfeinerungsbetriebe, die den Hüttenwerken angegliedert sind, kommen in der Statistik bei anderen Gewerbegruppen zum Ausdruck. Das zeigt schon eine Betrachtung der in den Berufsvereinigungen versicherten Personen. Allein in der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft wurden im Jahre 1910: 177836 Versicherte geführt, die Südwestdeutsche Eisenberufsgenossenschaft weist rund 49000 Versicherte für die Hütten- und Walzwerke nach. In Oberschlesien sind nach einer Statistik der ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerke 41676 Hüttenarbeiter, dazu treten im übrigen Deutschland circa 33000 Hüttenarbeiter. Der Notwendigkeit der Werke unterstehen weit mehr Arbeiter, denn in den Zahlen sind die Bergarbeiter in Erz- und Kohlengruben nicht enthalten, die im Bezirk der Hüttenwerke sind. Ihre Zahl beträgt nach oberflächlichen Feststellungen 199000, das Buch zählt 38 Werke mit ihrer Arbeiterzahl einzeln auf, diese 38 Werke beschäftigen allein 467956 Arbeiter. Eine verschwindende Zahl von Unternehmungen beherrscht also beinahe eine halbe Million Menschen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß einzelne Personen, wie zum Beispiel die rheinischen Eisenindustriellen Stinnes und Thyssen, Einfluß und Macht auf eine ganze Reihe dieser Unternehmungen haben, finden wir auch den Schlüssel zu dem Widerstand, den die Schwerindustrie jeder fortschrittlichen Regierung in ihren Werken entgegensetzt.

Nach den Erhebungen der Gewerbeinspektoren hatten im Jahre 1910 von den in Hochofen-, Stahl- und Walzwerken beschäftigten Personen 2300 eine Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden und 190048 eine Arbeitszeit von 12 Stunden. 1650 waren 11 bis 11 1/2 Stunden beschäftigt. Mit einer länger als zwölfstündigen Arbeitszeit sind 840 Arbeiter gezählt worden. Die überwiegende Zahl der Arbeiter hat nach dieser amtlichen Zählung eine Arbeitszeit von 12 Stunden. Die den Hüttenwerken angegliederte Verfeinerungsindustrie ist bei dieser Zählung nicht berücksichtigt. Die vorliegende Erhebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat ein ähnliches Resultat gezeitigt. Die Erhebung erstreckte sich auf 1083 Betriebsabteilungen der Hüttenwerke und auf 121666 Arbeiter. Von diesen waren 54893 zehn Stunden und weniger beschäftigt, 57316 arbeiteten zwölf Stunden und mehr. Im Gesamtdurchschnitt hatten danach rund 48 Prozent eine Arbeitszeit von zwölf Stunden pro Tag. Dieses gegenüber den Erhebungen der Gewerbeinspektoren glänzende Resultat wird durch die Verfeinerungsbetriebe erzielt. Eine Betrachtung der Art der Betriebe ergibt, daß in den Hochofenwerken 76 Prozent, in den Bessemer- und Thomaswerken 94 Prozent, in den Martinwerken 80 Prozent, in den Puddelwerken 83 Prozent, in den Walzwerken bis zu 76 Prozent der Arbeiter zwölf Stunden pro Schicht tätig sind. Wie sich die Arbeitszeit in den einzelnen Arten der Betriebe gestaltet, ist folgender Aufstellung zu entnehmen.

Art der Betriebe	Die Arbeitszeit beträgt				Von je 100 Arbeitern sind beschäftigt	
	9 Std. u. Weniger	10 Std.	10 1/2 u. 11 Std.	12 Std.	10 Stunden und weniger	10 1/2 u. 11 Stunden 12 Stunden
Hochofenwerke	8 980	11 2596	2 148	53 11 401	23,06	0,99 75,98
Bessemer- u. Thomasw.	—	2 163	1 5	21 2774	5,54	0,17 94,23
Martinwerke	—	12 1677	50 53 6958	19,30	0,68 80,12	
Puddelwerke	1 116	2 72	1 6	22 989	15,89	0,51 88,60
Schmelz- u. Träg.walzw.	—	4 521	—	16 1675	23,72	— 76,28
Block- u. Knüppelwalzw.	—	5 607	1 92	17 1380	29,20	4,42 68,38
Stab-, Fein-, Band- u. Bandagenwalzwerke	18 31 2944	7 1630	87 6811	25,95	14,30 59,75	
Grob- u. Feinblechwalzw.	6 1291	22 3204	2 1193	42 4380	44,55	11,85 48,50
Röhrenwalzwerke	—	30 3722	— 90	4 513	37,27	0,70 12,03
Drahtwalzwerke	—	6 742	2 130	12 922	41,22	7,22 51,56
Drahtziehereien	—	6 897	2 824	3 1133	31,49	28,87 89,70
Abjühtagen	—	25 1368	3 217	20 2358	35,07	6,48 59,45
Masch.- u. Waggonfabr.	—	8 1459	—	—	100,00	—
Eisenstr. u. Brückenb.	—	9 2242	3 726	4 392	66,73	21,60 11,67
Reich. u. Reparaturwerkst.	9 1052	124 10273	17 1035	40 3095	73,32	7,09 19,65
Eisen- u. Stahlgießereien	2 341	88 10179	7 482	17 3102	74,59	5,42 21,99
Presswerke	—	5 310	2 123	2 147	53,45	21,21 25,34
Hammerwerke	—	21 1508	8 62	8 1132	55,81	2,29 41,90
Stahlgießereien	—	18 1504	2 196	2 80	34,50	11,01 4,49
Schmiedereien	1 150	16 1808	3 162	1 120	33,54	9,29 7,17
Beiz-, Glüh-, Verzinkl.	—	20 12 912	1 155	3 898	65,21	10,04 23,85
Masch.- u. Kranbetriebe	—	25 1633	2 53	52 4783	24,06	0,89 75,11
Bahnbetriebe	—	72 8 858	1 22	18 1851	18,67	0,90 80,37
Flugbetriebe, Bauabteilg.	—	11 867	—	10 1088	45,34	— 54,66
Zusammen	16 3979	501 50914	62 7391	502 57316	45,90	6,18 47,92

Den Löhnen der Hüttenarbeiter ist besonders Beachtung geschenkt worden. Die Löhne der Arbeiter der Schwerindustrie werden vielfach als ungewöhnlich hoch bezeichnet. Die Ermittlungen ergeben aber, daß diese Annahme unzutreffend ist. Der größte Teil der 120701 Hüttenarbeiter hat ganz schlechte Lohnbedingungen, die in keinem Vergleich stehen mit der langen Arbeitszeit und der zu leistenden gefährlichen und schweren Arbeit. Der ermittelte Durchschnittsverdienst beläuft sich auf 3,94 M. pro Schicht in Zeitlohn und 5,24 M. in Akkord. Wie sich die Löhne in den verschiedenen Arten der Betriebe gestalten, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Art der Betriebe	Gesamtzahl der erfassten Personen	Ermittelte durchschnittliche		
		Zeitlohn	Akkord	Verdienst pro Schicht überhaupt
Hochofenwerke	14 785	3,74	4,64	3,86
Bessemer- und Thomaswerke	2 942	4,39	5,39	5,10
Martinwerke	8 879	4,60	5,61	4,84
Puddelwerke	1 183	4,64	5,58	5,35
Schmelz- und Träg.walzwerke	2 082	4,07	5,56	5,55
Block- und Knüppelwalzwerke	2 079	3,89	6,53	5,43
Stab-, Fein-, Band- u. Bandagenwalzw.	11 232	3,61	5,80	4,82
Grob- und Feinblechwalzwerke	10 068	3,94	5,40	4,35
Röhrenwalzwerke	4 265	3,70	5,16	4,62
Drahtwalzwerke	1 800	4,52	6,09	5,45
Drahtziehereien	2 854	3,74	5,37	4,73
Abjühtagen	8 958	3,93	5,10	4,50
Maschinen- u. Waggonfabriken	2 709	3,84	6,09	4,48
Eisenkonstruktion u. Brückenbau	3 860	3,69	4,26	3,88
Reich. u. Reparaturwerkstätten	15 445	4,04	5,06	4,21
Eisen- und Stahlgießereien	14 850	3,71	4,83	4,15
Presswerke	580	4,38	5,04	4,49
Hammerwerke	2 702	4,09	5,79	5,18
Stahlgießereien	1 780	3,94	4,07	4,02
Schmiedereien	1 743	3,99	5,26	4,33
Beizeien, Glüh- u. Verzinkl.	1 417	3,99	4,98	4,42
Maschinen- und Kranbetriebe	6 295	4,03	4,64	4,06
Bahnbetriebe	2 303	4,11	4,86	4,12
Flugbetriebe, Bauabteilungen	1 890	3,42	4,65	3,65
Zusammen	180 701	3,94	5,24	4,44

Hygienische Einrichtungen.

Die Einrichtungen der Hüttenwerke in Bezug auf Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Trinkwasserbereitung, Bedürfnisanstalten, Wasch-, Ankleide- und Speiseräume lassen in vielen Hüttenwerken sehr zu wünschen übrig.

Nach § 120 a und b der Gewerbeordnung sollen zwar alle Gewerbebetriebe diesen Forderungen Rechnung tragen, in einem großen Teil der Hüttenwerke geschieht das jedoch nicht.

Die von dem unterzeichneten Vorstand ausgenommene Statistik zeigt, daß die Mißstände durch eine gütliche Vorstellung der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht beseitigt worden sind.

- 1. Für die Hochofen-, Stahl- und Walzwerke besondere sanitäre Bestimmungen in Bezug auf Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Trinkwasserbereitung, Wasch- und Ankleideräume, Speise- und Aufenthaltsräume und Bedürfnisanstalten zu schaffen.

Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen in Hüttenwerken.

Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 27. Mai 1902 ist die Nachtarbeit jugendlicher Personen in den Walz- und Hammerwerken auf die Dauer von zehn Jahren zugelassen worden.

Vom 1. Juli 1912 an die Beschäftigung von Jugendlichen in Walz- und Hammerwerken nicht mehr zu gestatten.

Gleichzeitig bitten wir im Hinblick auf die schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit in den Hüttenwerken, eine Erhöhung des Schulpalters auf 16 Jahre für die Beschäftigung jugendlicher Personen in Hütten- und Walzwerken im Wege der Gesetzgebung vorzuschlagen zu wollen.

Sicherstellung des Arbeitslohnes bei Akkordarbeiten.

Das auf den Hüttenwerken beliebte Entlohnungssystem bildet eine schwere Benachteiligung der Arbeiter dieser Industrie. Viele Arbeiter wissen überhaupt nicht, für welchen Lohn sie arbeiten, und viele in sogenanntem Akkord stehende Arbeiter erfahren ihren Lohn erst am Lohnzahlungstag.

Für die gesamte Hütten- und Walzwerkindustrie gemäß § 114 b der Gewerbeordnung die Einführung von Arbeitszetteln im Wege der Verordnung zu veranlassen, die enthalten:

- 1. Bezeichnung der Art und des Umfangs der übertragenen Arbeit.
- 2. Die Lohnsätze, bei Akkordarbeit Angabe des Preises für die Arbeit.
- 3. Die zu verarbeitende Stückzahl oder das zu verarbeitende Gewicht. Die Arbeitszettel sind vor Beginn der Arbeit auszuhandigen.

Prämienwesen.

Die Hüttenwerke stellen den Arbeitern vielfach besondere Vergütungen in Aussicht für den Fall, daß durch die Arbeit ein bestimmter Arbeitserfolg erzielt wird.

Das Prämienwesen bringt den Arbeitern eine Reihe von Nachteilen. So haben zum Beispiel die Werke mit den Prämien ein Mittel in der Hand, die Arbeiter höher zu bestrafen, als es der § 134 b Abs. 2 der Gewerbeordnung zuläßt.

Um die Ungerechtigkeiten des Prämienwesens zu beseitigen, bittet der unterzeichnete Vorstand den hohen Reichstag, eine Regelung des Prämienwesens durch Ergänzung des § 134 b der Gewerbeordnung herbeizuführen, daß die Arbeitsordnungen zukünftig Bestimmungen enthalten müssen:

- 1. Ueber die Art und Höhe der Prämien.
- 2. Ueber die Auszahlung der Prämien.
- 3. Ueber den Entzug der Prämien und den Zweck, für den die entzogenen Prämien verwendet werden sollen.

Bei Verwirklichung der Prämien darf der Abzug dem § 134 b Abs. 2 der Gewerbeordnung nicht zuwiderlaufen. Die Auszahlung soll von Lohnperiode zu Lohnperiode erfolgen.

Regelung des Pensionskassenwesens.

Von vielen Werken der Großhüttenindustrie sind sogenannte Pensionskassen eingerichtet worden, denen die Arbeiter zwangsweise angehören müssen und zu denen die Beiträge vom Arbeitslohn in Abzug kommen.

Eine Regelung der Rechtsverhältnisse der vorindustriellen Arbeitgebern errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen zu treffen.

Hierbei bringen wir für Versicherungskassen, denen die Arbeiter eines Betriebes während ihres Dienstvertrages angehören müssen, folgende Bestimmungen in Vorschlag:

- 1. In den Hütten- und Walzwerkbetrieben, wo Arbeiterpensionskassen mit Beitrittszwang errichtet sind, haben die Unternehmer feste Beiträge zu leisten, die mindestens die Hälfte der Beiträge der Arbeiter betragen müssen.
- 2. Die von den Arbeitern eingezahlten Pensionskassenbeiträge sind den aus den Werken ausscheidenden Arbeitern zurückzugeben: a) zur Hälfte, wenn die Lösung des Arbeitsverhältnisses vom Arbeiter erfolgt; b) zu vier Fünfteln, wenn der Arbeiter vom Unternehmer entlassen wird.
- 3. An Stelle der Zurückforderung der eingezahlten Pensionskassenbeiträge steht es den Arbeitern nach Lösung des Arbeitsvertrages frei, das Versicherungsverhältnis unter Weiterzahlung ihrer früheren Beiträge fortzusetzen oder sich die erworbenen Rechte durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgeld zu erhalten.
- 4. Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen dürfen nur soweit auf die Versicherungsleistungen angerechnet werden, als sie mit diesen den Durchschnittsberdienst des Versicherten in den letzten zehn Jahren übersteigen.
- 5. Die Versicherungsleistungen dürfen nicht aus Gründen entzogen werden, die nicht aus dem Wesen des Versicherungsvertrages hervorgehen.
- 6. Den Mitgliedern darf keine Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen auferlegt werden, die nicht mit dem Kassenzweck in Verbindung stehen.
- 7. Abweichende Bestimmungen sind nichtig.

Der unterzeichnete Vorstand hofft im Interesse der Hüttenarbeiter, daß ein hoher Bundesrat und Reichstag die vorstehenden Wünsche der Hüttenarbeiter berücksichtigt, damit dieser unter den denkbar schwierigsten Umständen beschützten Arbeiter ihr schweres Los erleichtert wird.

Die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie im Jahre 1910.

Die Klagen der Unternehmer über die steigenden Unfallkosten sind an der Tagesordnung. Bei jeder Gelegenheit werden den Arbeitern die Aufwendungen vorgerechnet, die der Industrie durch die Arbeiterversicherung verursacht werden und immer wieder wird betont, daß ein weiterer Aufwand die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland aufs äußerste bedrohe.

Table with columns: Berufsgenossenschaft, Unfallkosten, etc. Rows include Feinmetz. u. Elektrot., Südd. Eisen- u. Stahl-, etc.

Den Hauptteil der Ausgaben verschlingen die Renten an Verletzte. An 106 791 Personen wurden von den zwölf Berufsgenossenschaften im Jahre 1910 19 428 632 M. Rente bezahlt.

900 607 M.; die Unfallunterstützungen und die Kosten für die Feststellung der Entschuldigungen kosteten die ganze Summe von 789 770 Mark, für den Rechtsgang und die Verwaltung wurden 2 362 061 M. verbraucht.

Für die Unfallversicherung einschließlich Ueberwachung der Betriebe und Erlass von Unfallverhütungsvorschriften wurden dagegen von allen 12 Berufsgenossenschaften nur 262 690 M. aufgewendet.

Table with columns: Berufsgenossenschaft, Auf einen Versicherten entfallende Ausgaben, etc. Rows include Feinmetz. u. Elektrot., Südd. Eisen- u. Stahl-, etc.

Im Gesamtdurchschnitt sind auf den Kopf der Versicherten für Entschädigungen an Verletzte und an Hinterbliebenen 12,37 M. zur Auszahlung gekommen; die Verwaltung kostete pro Kopf 1,23 M.

Tausende von Arbeitern verlieren im Dienste der Unternehmer ihre gesunden Glieder und geraten in Elend und Not; Kaufleute von Frauen und Kindern verlieren ihren Ernährer.

Die Gesundheitsimulation der Arbeiter.

In den Augen der bestehenden und herrschenden Klassen ist der Arbeiter immer ein minderwertiges und untergeordnetes Geschöpf, besetzt mit allen menschlichen Lasten und Schwächen.

Eine der weitverbreitetsten und erbärmlichsten Verdrächtigungen, die sich die bestehenden Klassen aufzubilden lassen, ist die simulantische Verdrächtigung der gesamten Arbeiterschaft als Stimulanten.

Die Simulantenjagd hat zweifellos schon viele Arbeiter schwer geschädigt und um ihre berechtigten Ansprüche gebracht. Die Aufregung darüber, die aufstrebenden Würgungen der schweren Verdrächtigung und Kränkung, haben zweifellos bei vielen Arbeitern schon das Gemüt schwer beeinträchtigt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 25. Februar der 9. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. Februar bis 2. März 1912 fällig ist.

Hierdurch diene zur allgemeinen Kenntnis, daß am Donnerstag den 15. Februar der Kollege

Rudolf Lerch,

angestellter im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, nach langer schwerer Krankheit gestorben ist. Lerch gehörte dem Verband seit seiner Gründung an, war jahrelang Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Regensburg, siedelte dann nach seiner Berufung in das Hauptbureau des Verbandes im Jahre 1907 nach Stuttgart über und hat stets seine Pflicht gegen den Verband erfüllt. Wir bitten daher ihm ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Für Wiederaufnahmefähig werden erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Herford i. B.:
Der Schlosser Wilh. Klemp, geb. am 20. Januar 1870 zu Dortmund, Buch-Nr. 1.035268, wegen Streifbruch;
Der Schmied Wilh. Korte, geb. am 12. April 1871 zu Enger, Buch-Nr. 1.450859, wegen Streifbruch;
Der Metallarbeiter Heinrich Sporleder, geb. am 19. April 1878 zu Detmold, Buch-Nr. 1.371387, wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rosenheim:
Der Mechaniker Fritz Scherm, geb. am 19. Dezember 1875 zu Berchtesgaden, Buch-Nr. 1.355968, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Juffenhansen:
Der Former Georg Vogt, geb. am 30. September 1877 zu Ulm, Buch-Nr. 1.748918, wegen unkollegialem Verhalten.

Öffentlich gerügt wird:
Auf Beschluß eines Schiedsgerichts in Göttingen:
Der Flaschner Emil Nagel, geb. am 27. April 1868 zu Großesilingen, Buch-Nr. 1.025544, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Engharzen:
Der Klempner Karl Heuschkel, geb. am 1. September 1886 zu Kassel, Buch-Nr. 1.456436, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag eines Einzelmitglieds:
Der Schlosser Bernhard Gabler, geb. am 26. April 1892 zu Raubenzheim, Buch-Nr. 1.370699, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kärnterbräu:
Der Former Eberhard Kugler, geboren am 15. Januar 1893 zu Augsburg, Buch-Nr. 1.992158, wegen Demütigung.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16a zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röhrestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtarbeitern nach Bismar (Firma Müller) D.;
- von Drahtwebern nach Reutlingen (Fa. Bandel & Co.) D.;
- von Drechern, Schloßern u. s. w. nach Alzey bei Mainz (Landwirtschaftlicher Maschinenfabrik Böhm) D.;
- von Emaillearbeitern nach Düsseldorf (Rheinania-Werke);
- von Feilenarbeitern nach Köln, Mülheim a. Rh., M.;
- von Formern, Gießereiarbeitern und Keramizierern nach Arnstadt i. Th. (Fa. H. Klinger & Co.); nach Biebrich a. Rh. (Rheinbütte) M.; nach Bradel bei Dortmund (Firma Schwarz & Co.) D.; nach Ralsguren bei Köln (Handels- und Industrie-gesellschaft) M.;
- von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Ziselierern und Silberrarbeitern nach Agron in Kroatien M.; nach Budapest (Silberwaren-Fabrik von Jorgas & Rohat) D.; nach Pforzheim;
- von Graveuren nach Dresden (Firma Hoff & Co.) D.; nach St. Petersburg, R.;
- von Hartgummiarbeitern nach Berlin (Firma Matthaey) D.;
- von Holzschneidern nach Hamburg (Fa. Köhl & Wegner); nach Herloh (Fa. M. Pfänder) M.; nach Koblenz (Firma Richter) D.;
- von Klempnern aller Art und Installateuren nach Frankfurt a. M.;
- von Klempnern nach Southem bei Heilbrunn (Metall-Gewerkschaft) M.;
- von Klempnern aller Branchen nach Barmen-Eilberfeld; nach Biebrich (Firma Edd. Eisenbahngesellschaft) M.; nach Göttingen (Fa. Karl Scholl, Fabrik maschineller Apparate) L.; nach Hagen (Maschinen- u. Eiseng. A. Pelisser Nachf., Inhaber Carl Hülling) D.; nach Heilbrunn (Metall-Gewerkschaft) M.; nach Herford i. B., Str.; nach Hildesheim (Fa. J. Wagner, Maschinenfabrik) D.; nach Krefeld (Maschinen-Fabrik von Schöner) D.; nach Landsberg a. Warthe (Firma G. Jähne & Sohn) D.; nach Laniagen bei Augsburg (Maschinenfabrik Ködel & Köppl) D.; nach Leipzig (Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik von A. Müller, in Wahren-Leipzig) D.; nach Leonberg in Würt. (Firma Steiner) M.; nach Meissen (Firma A. Schürer & Co.) D.; nach Neudorf-Büchelshausen (Karlshütte) D.; nach Saalfeld (Opt. Anstalt, G. u. H. H.) D.; nach Selb in Bayern; nach Zeplitz i. Böhmen (Firma H. H. H. H.) D.; nach Wernberg bei Bitter a. Ruhr (Stahlwerk Rühl) D.; nach Wiesbaden (Edd. Eisenbahngesellschaft) M.;
- von Metallarbeitern nach Kempten nach Eidenfeld (Firma Hoff & Hoff);
- von Schmiedern nach Eidenfeld (Firma Hermann & Sohn);
- von Schloßern u. s. w. nach Eiding bei Reichenberg (Firma Gebr. Fowel) M.;
- von Uhrmachern nach Agron i. Kroatien M.;
- von Werkzeugarbeitern nach Witten a. Ruhr (Wittener Kupferwerk, Wit. Drahtwerk) D.;

Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu werden sind; A. heißt: Streif in Aufsicht; B. Lohn- oder Tarifbewegung; C. Aufsicht; D. Differenzen; E. Wagneregelung; F. Wagneregelung; G. Lohn- oder Wagneregelung u. s. w.)
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Sperrung von Orten müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Lichtbildervorträge

des Kollegen Seb. Pantersch aus Stuttgart über: „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ finden statt:

- Samstag 24. Februar in Barmen im Olympia, Heubruchstraße.
- Sonntag 25. Februar in Eilberfeld im Volkshaus.
- Montag 26. Februar in Altsiedel bei Fritz Frettdrhr.
- Dienstag 27. Februar in Schwelm im Viktoriaaal.
- Mittwoch 28. Februar in Lünen im Goldenen Löwen.
- Donnerstag 29. Febr. in Schwerte im Stammischen Saal, Reichstr. 9.
- Samstag 2. März in Berrahmede bei Fr. Winter in Gardt.
- Sonntag 3. März in Eidenfeld bei Zapp, Kölnnerstraße.
- Montag 4. März in Altsiedel im Gasthof zum Holländer.
- Dienstag 5. März in Hülthausen im Gasthof zum Eitelhal.
- Mittwoch 6. März in Herloh im Restaurant Buchenwäldchen.
- Donnerstag 7. März in Geseleberg bei Richard Gadenberg.
- Samstag 9. März in Dortmund im Gewerkschaftshaus, Vestingstraße.
- Sonntag 10. März in Herde im Saale von S. Brücher, Benninghoferstr.
- Montag 11. März in Bochum bei Höfcher, Meentstr. 65.
- Dienstag 12. März in Pattungen-Nühr bei G. Welper.
- Mittwoch 13. März in Witten bei Röhmeier.
- Samstag 16. März in Weilingen im Hotel zur Post.
- Sonntag 17. März in Weilingen bei Witting, Poststr. 53.
- Dienstag 19. März in Ratingen bei Wilh. Brinke, Hochstraße.
- Mittwoch 20. März in Mülheim-Nühr bei Sal. Richard, Charlottenstr.
- Donnerstag 21. März in Oberhausen bei Theod. Korn, Marktstr. 88.
- Samstag 23. März in Bochum bei Bernh. Großfabel.
- Sonntag 24. März in Emmerich bei Heinr. Koch.
- Montag 25. März in Duisburg in der Städtischen Tonhalle.
- Dienstag 26. März in Bruchhausen im Brinkischen Saale.
- Mittwoch 27. März in Düsseldorf im Viktoriaaal, Kölnnerstr. 232.
- Donnerstag 28. März in Rath bei Gottschall.
- Samstag 30. März in Benrath bei Wagner.

Korrespondenzen.

Gravure und Ziselerei.

Das Sachsen. Ohne Zweifel ist das gute Wort vom goldenen Boden des Handwerks schon lange nicht mehr zutreffend, vielmehr ganz besonders in dem untrigen nicht. Die Hauptstütze daran trägt gewiß die Lehrlingsarbeit, denn anders kann man den Umfang nicht nehmen, wenn man Beispiel in einem Orte mit drei Grabenarbeitern der eine „Chef“ zwei, der zweite drei und der dritte sogar fünf Lehrlinge hält. Die ersten beiden Meister beschäftigen gar keinen und der letztere nur zeitweilig einen Gehilfen. Daß damit unsere Ohnne in der Mehrzahl hinter denen der ungelerten Arbeiter zurückbleiben, ist nur zu leicht begreiflich. Wenn der Junge in die Lehre tritt, wird ihm alles mögliche und unmögliche über die aus-sichtreiche Zukunft, den hohen Verdienst, die sichere Stellung und andere schöne Sachen vorgegaukelt. Hoffnungsreich tritt der neue Geselle nach einer vierjährigen Lehrzeit, während der er in Leber nur zu vielen Fällen mit ersterer Rückwärtslosigkeit ausgebeutet wurde, in die Welt, denn nachdem hat ja der Meister seinen Bedarf mehr für ihn, aber er geht auch zugleich den monatlichen Lohn und ähnliches bleibt nämlich fast immer aus und wenn auch ungern, muß er sich doch entschließen, einen mit wöchentlich 18 bis 20 M. entlohnenden Platz zu befehen. Hat der Geselle noch, dank der Gewissenlosigkeit seines Lehrers nicht viel gelernt, dann ist seines Meisters selten lange, denn ihm die Kräfte werden trotz der miserablen Bezahlung auch noch verlangt. Kam darf man nicht glauben, daß dergleichen nur jüngeren Leuten passieren kann, die älteren Kollegen sind oft nicht viel besser daran. Zur Illustration diene folgender mir bekannte, besonders krasse Fall. Ein 45jähriger verheirateter selbständiger Graveur, Vater von sechs Kindern, war durch den Bankrott seines besten Kunden um 5000 bis 6000 M. geschädigt worden und er ver-luchte, um seinen Unterhalt wieder als Geselle zu verdienen. Mit Mühe und Not fand er Stellung; aber was wurde ihm geboten? Nicht mehr und nicht weniger als 24 M., und um nicht ganz arbeitslos zu sein, nahm er die Stelle an. Wie sich mit solchem Ein-kommen leben läßt, besonders in Berlin, braucht wohl nicht erst erläutert zu werden. Jedoch tragen die Graveure auch selbst einen gut Teil Schuld daran. Solange noch mehr als die Hälfte der Ge-hilfen der Organisation fernbleibt, wird in unsem Handwerk wohl schwerlich Wandel geschaffen werden. Darum ist es unsere Pflicht, zu werden, um die noch unorganisierten Kollegen zum Zweite einer Kenberung in unsem Berufe dem Verbandsbezugzuführen. Einzelne sind wir nichts, nur in der Gesamtheit liegt unsere Stärke!

Metallarbeiter.

Berlin. (Originumtarbeiter.) Seit dem Jahre 1906 besteht hier für die in der Hartgummibranche beschäftigten Arbeiter ein Tarifvertrag, durch den die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein-heitlich geregelt sind. Es ist nicht leicht gewesen, die Unternehmer zu veranlassen, einen Tarifvertrag mit uns zu vereinbaren. Nach-dem jedoch Ende 1906 bis Anfang 1907 die Kollegen einen Streik in dieser Branche mit Erfolg durchgeführt hatten, ist es in den fol-genden Jahren nicht schwer gewesen, die Lohn- und Arbeitsverhält-nisse durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages bedeutend zu ver-bessern. Nur die Firma Matthaey, Berlin, Schleißchtr. 32, hat sich bis heute nicht entschließen können, den für die Hartgummi-branche bestehenden Tarifvertrag anzuerkennen. Obwohl in den letzten vier Jahren bei dieser Firma mehrmals gestreift wurde und sie deshalb auch bedeutenden Schaden hatte, ist der Firmeninhaber so halsstarrig, daß er unter keiner Umständen den Tarifvertrag schriftlich anerkennen will. Da nun in der Hartgummibranche außer unsem Mitgliebern auch noch eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Arbeiterverbandes beschäftigt sind, so haben sich die beiden Orts-verwaltungen dahin verständigt, daß die Firma Matthaey als ge-sperret zu betrachten ist. Deshalb ersuchen wir die Hartgummi-arbeiter Deutschlands, unter allen Umständen diese Sperre über die Firma Matthaey, Berlin, Schleißchtr. 32, zu beachten und etwaige Arbeitsangebote von dieser Firma zurückzuweisen. Ferner ist es auch notwendig, daß der Berliner Ortsverwaltung über etwaige Zu-erate und sonstige Arbeitsangebote der Firma Matthaey Mitteilung gemacht wird. Da diese Firma die einzige Firma in Berlin ist, die den Tarifvertrag nicht anerkennen will, so hoffen wir, daß die Kol-legen der Hartgummibranche diese Verhinderung der Sperre in den Kreisen ihrer Berufsgenossen weiter bekannt machen und dadurch dazu beitragen, daß Herr Matthaey seinen ablehnenden Standpunkt end-lich aufgeben wird.

Ertrag 6. Ertr. In welcher Weise die Gewerkschaftsgrüßen ihren Anhang zu vergrößern suchen und welcher Mittel sie sich dazu bedienen, haben unsere Kollegen in Reichs schon oft erfahren. Wenn sie in ihren Verammlungseinsparungen großspurig verfahren: „freie Aus-sprache“, so lassen sie dann zunächst drei oder vier Referenten antreten und treiben so Verwirrungspolitik, um zu verhindern, daß in der Diskussion ihr wahrer Gesichtspunkt enthüllt wird. Oder sie weichen das Rezept des „Siegers im Ertriker Klempner- und Installateurverein“, des Peter Wäcker, seines jetzigen Bezirks-leiter des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes für das Saargebiet, an, indem sie sich auf das Hausrecht stützen und Andersdenkende aus dem Saal weisen. Es muß hoch traurig um ihre Sache bestellt sein, wenn sie ihre Weisheit so ängstlich verbergen. So geschah es auch hier. Mittels teilliger Drucke wurden auf Sonntag den 4. Februar die Metallarbeiter von Ertrag, auch von der Quintherhütte, zu einer Verammlung eingeladen. Auch da sollte nach einem Vortrag „freie Aus-sprache“ stattfinden. Der „christliche“ Wäcker hatte nicht den Mut, zur festgelegten Zeit seine Veramm-lung zu beginnen, nachher aber stempelte er die Metallarbeiterver-ammlung in einer „privaten“ Besprechung und bezeichnete es als

Darauf wollte ihn Dr. Schneider ins Krankenhaus schicken, womit Albin aber nicht einverstanden war. Krankengeld bekam er dann nicht. Und nun tauchte der Gedanke in dem Manne auf, sich an dem Arzte zu rächen. Er kaufte sich einen Revolver und schoß eines Nachts auf den von der Jagd heimkehrenden Arzt. Nachdem stellte er sich selbst der Polizei. — Ein Sachverständiger erklärte den Mann (der organisiert war) nach der eifrig-moralischen Seite für defekt. Trob-dem erkannten die bürgerlichen Geschworenen auf zwölf Jahre Zucht-haus wegen Mordversuch. Der Verurteilte ist so hüfällig, daß er das Zuchthaus nicht mehr lebend verlassen wird.

Unwillkürlich fragt man sich: Und was geschieht nun mit dem Arzt, der entgegen wider besseres Wissen oder aus Unfähigkeit den schwerkranken Arbeiter als gesund und arbeitsfähig erklärt, ihn so fröhlich zum Simulanten stempelt und ihn um seine berechtigten An-sprüche an die Krankenkasse bringt? Wenn er sich als Lungenkranke rühmte, ins Spital zu gehen, das für ihn keine Heilungsmöglichkeit, sondern nur ein Aufnahmestätte sein konnte, so hat er damit mehr Sachverständigen behandelt als der Arzt.

Gleiche oder ähnliche Fälle kommen häufiger zu Hunderten und Tausenden Jahr für Jahr vor, aber sie spielen sich in der Stille mit dem Untergang des ungerechtfertigten Arbeiters ab, weil es nur selten zu einer so drastischen Reaktion und in Gerichtsaal und Presse kommt.

Wie oft mögen verunglückte Arbeiter von den Versicherungs-ärzten viel zu früh wieder zur Arbeit angehalten werden, um dann mehr zu verderben als gutgemacht wird. Weigert sich aber der seinen Zustand, wenigstens bezüglich der Schwerkraftigkeit und Empfind-lichkeit, viel besser kennende Arbeiter, der Anordnung auf Wiederauf-nahme der Arbeit Folge zu geben, so fliegt ihm sofort der Simulant an den Kopf.

Viele Arbeiter gehen oder auf erfolgte Anweisung hin wirklich zu früh zur Arbeit, um beim Unternehmer nicht in ein schiefes Licht zu kommen und etwa die Arbeitsstelle zu verlieren, sie simu-lieren Arbeitsfähigkeit, wo sie eigentlich noch nicht arbeiten, sondern die Heilung erst vollkommen werden lassen sollten. So dürfte die Zahl der Gesundheits-Simulanten erheblich größer sein als die der Unfall-Simulanten, aber von diesen Opfern der Sorge um die Existenz redet niemand, davon schweigen die Berufs-genossen-schaften für Unfallversicherung, wie auch ihre Vertrauensärzte, wäh-rend sie über die Unfall- oder Renten-Simulanten immer das größte Geschrei erheben.

Und ebenso oder noch bedenklicher liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Krankenversicherung, wo es ebenfalls nach der Mei-nung gewisser Leute nur so wimmeln müßte von Krankheits-Simulanten. Wenn recht gewissenhafte, zuverlässige und hygienisches Ver-ständnis besitzende Ärzte die Arbeitererkrankung in Fabriken, Werkstätten, Bergwerken, auf Baustellen u. a. auf ihre Gesundheitsverhältnisse unter-suchen würden, wie unheimlich wenige Prozent wirklich gesunder Menschen würden da ermittelt werden! Die alltägliche erschöpfende und aufreibende Lohnarbeit, der neu-, zehn- oder mehrstündige tägliche Aufenthalt in geschlossenen Räumen mit staub- und dusterfüllter Luft, mit dem Rausch der Maschinen u. s. w., kleiden auf die Dauer nicht ohne schädliche Wirkungen, selbst auf die robusteste Gesundheit. Da entstehen allerlei Krankheiten, so daß es bald da, bald dort schmerzt und das allgemeine Befinden gehdrt ist. Aber der Arbeiter achtet dieser „Kleinigkeiten“ nicht, er geht ruhig regelmäßig seinem an-strengenden Tagewerk nach, während die Angehörigen der besitzenden Klassen, die die Arbeiter unbedenklich und leichtfertig bei jeder Ge-legenheit als Simulanten verächtlich, schon bei der geringsten Kleinigkeit zu Hause kleiden, den Arzt holen lassen, sich pflegen oder gar schon eine Reise zur Wiederherstellung ihrer „schwer er-schütterten Gesundheit“ mit erheblichen Kostenaufwand unternehmen. Sollte man von Krankheits-Simulanten reden, so würden sich deren nicht weniger mehr aufreiben lassen, als bei den Angehörigen der oberen Klassen, bei denen oft Kranksein fast zum sogenannten „guten Ton“ gehört und die sich allen ihnen unbegünstigten Situationen durch den Vorstand des Krankheims entziehen. Würden es zum Beispiel die Arbeiterinnen so treiben, wie viele „Damen“ des Unternehmertums, es müßten zahlreiche Betriebe mit Arbeiterinnen viele Tage im Jahre geschlossen bleiben, weil diese krank und zu Hause ge-blieben sind. Wie würde es aber da aus Unternehmern und nur so begabte von Simulanten über die Arbeiterinnen!

Nun mag einwenden werden, daß durch die Krankheits-Simulanten der reiche Leute niemand, durch die der Arbeiter und Ar-beiterinnen aber die Krankenkassen geschädigt würden. Der Ein-wand wäre sehr oberflächlich, denn für jeden Menschen, der nicht selbst arbeitet und so selbst die Kosten seiner Lebenshaltung erwirkt, müssen eben die anderen arbeiten. Und darum ist auch aller Reichtum nichts anderes, als die Aufpreisung der Frische der Arbeit anderer Leute, die deshalb arm, weil die anderen reich sind.

Wie ungenügend die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter sind, hat eine englische Untersuchung festgestellt, monach oft nur 1000 Ar-beitern kann 200 gesund, 600 kränklich, 200 krank und krüppelig sein.

Über trotzdem gehen die kränklichen Arbeiter zur Arbeit und simulieren Gesundheit, um so lange wie möglich die Arbeitsstelle zu behalten und mit dem höheren Lohn etwas besser auskommen zu können als mit dem niedrigeren Krankengeld. Ist dieses aber infolge der Unternehmung aus mehreren Umständen so hoch oder gar noch etwas höher als der Arbeitslohn, so ist man mit der Beschäftigung als Simulant um so rascher bei der Hand, ob-nach der Arbeiter die Beiträge zu mehreren Krankenkassen doch ein-ferner seiner verdienenden Lohn zahlt. Man darf annehmen, daß alle Krankenkassen mehr als die doppelte Summe an Krankenkassen-beiträgen ausbezahlen müßten, wenn die Arbeiter wirklich ihre Ge-sundheit so pflegen würden, wie es ihre Arbeitsverhältnisse er-fordern und wenn sie nicht Gesundheits-Simulanten dieses Spiel spielen.

So geht der Scheinbar gesunde Arbeiter so lange in die Arbeit, bis er plötzlich zusammenbricht und dann ein langes Krankelager bestanden muß, bis er die Gesundheit wieder erlangt oder ihm anders-falls der Tod ein Ende macht.

Das sehr beachtenswerte Illustration dieser Verhältnisse ist die stark Bemerkung der Krankheitsfälle der Arbeiter in den Zeiten ausgebeuteter und ausbeutender Arbeitslosigkeit. Unterhand während auch die wieder Simulanten, allein hauptsächlich ist es so, daß man die Niederlage schon lange kranker Arbeiter, die aber von der Arbeit nicht wegbleiben konnten, aus den eben angeführten Gründen, jetzt Zeit genug haben, endlich krank zu sein, und sich auch krank zu machen, um ihre krank erkrankte Gesundheit wieder herzustellen.

Verstehen können die Ertrag und Entbehrungen, Not und Elend und die hilflosen Hände auch die verlorene Gesundheit eines Arbeiters an und geben ihm auf das Krankelager werfen, ohne daß jemand das Recht hätte, ihn Simulanten zum Verdammnis zu machen.

Denn sollten die Menge aus alle die, die mit der Verdrängung der Simulanten den Arbeitern gegenüber so schnell bei der Hand sind, etwas mehr Besorgnis und Zurückhaltung eben und sich besser bewusst sein, wenn sie einmal einen wirklichen Simulanten erbeuten sollten, daß es ihnen einen kostbaren proklamirte Ge-sundheits-Simulanten kommen, die sich natürlich gut Ar-beit klappen, bis sie zusammenbrechen.

eine „Unerhörtheit“, daß sich die Herren von Erler und Dedenhofen, also Sozialdemokraten, eingelassen hätten. Als ein Ehrengericht habe bemerkt, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hätten sich eine Vertretung gesichert, da sie nicht zugeben könnten, Bäckers Schimpftafel über unsere Organisation ohne weiteres vom Stapel gehen und nachher wie in Erler mit „Erfolgen“ christlicher Gewerkschaftsarbeit predigen lassen, forderte er sämtliche Herren von Erler und Dedenhofen auf, den Saal zu verlassen. Kollege Braunerkreuther forderte die Anwesenden auf, gegen diese merkwürdige Art freier Aussprache zu protestieren und mit uns den Saal zu verlassen. Der weitest ausgedehnte Teil ging mit uns und wir konnten sofort in einem andern Lokal eine Versammlung abhalten. Der „christliche“ Geld konnte dann vor acht Mann, die, wie man uns versicherte, keine Metallarbeiter, sondern Grünrammhändler sind, seine „private Besprechung“ abhalten. Und diese acht Mann sind nur geblieben auf Aufforderung gänzlich unbeteiligter Personen, damit „die Blamage für ihn doch nicht gar so groß wird“. Eine andere Stimmung herrschte in unserer Parallelversammlung. Gespannt hörten die Ehrengericht Metall- und Hüttenarbeiter die Ausführungen des Kollegen Braunerkreuther an. Er rief den „christlichen“ Ausgewerkschaftlern die Heuchlermaske vom Gesicht und betonte unter dem Beifall der Versammlung, daß es ja gerade „christliche“ Gewerkschaftsleiter waren, die im Deutschen Reichstag für neue Steuern stimmten und dadurch den Arbeitern die Lebensmittel verteuerten. Wir brechen den Spiegel um und sagen: Es ist eine Unerhörtheit, wenn jemand angesichts dessen den Arbeitern noch vorgaukelt, die Verbesserung ihrer traurigen Lage gehe von den „Christlichen“ aus. Auch die Ehrengericht Metall- und Hüttenarbeiter haben gelernt, die Versprechungen der „Christlichen“ richtig einzuschätzen. Sie haben aber auch nicht vergessen, daß es gerade Herr Bäder war, der gelegentlich einer Wahlversammlung unter freiem Himmel in warmen Worten für den „Arbeiterfreund“, den Zentrumskandidaten Gartrath, eintrat. Sie haben ferner nicht vergessen, daß sich Bäder Arbeitern gegenüber äußerte: „Die in Ehrengericht sozialdemokratisch gewählt haben, hätten aus Dummheit rot gewählt.“ Sogar ihr's, ihr Ehrengericht Arbeiter, wie ihr von den „Christlichen“ eingeschätzt werdet? Und weiter fragen wir euch, Ehrengericht Metall- und Hüttenarbeiter: Wollt ihr Leuten Gesetzeslosheit leisten, die die Zersplitterung der deutschen Metallarbeiter geschäftsmäßig betreiben, die ihre Stofkraft abzuschwächen suchen, oder wollt ihr Schulter an Schulter mit den Hunderttausenden im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeitstrübsündern für eine bessere Zukunft kämpfen? Heute, wo die Unternehmer sich ebenfalls starke einseitige Organisationen verschaffen haben und diese zur Unterdrückung der Arbeiterkraft in Aktion treten lassen, muß jeder die Pflicht in sich fühlen, mit allen Mitteln an der Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten. Deshalb kann eure Antwort auf unsere Frage nicht schweifen; die Parole kann nur lauten: hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der jederzeit mit Entschiedenheit für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Metall- und Hüttenarbeiter eingetreten ist.

Essen a. Ruhr. (Lohnregulierungen bei der Firma Krupp.) Am 7. Oktober vorigen Jahres wurden die Kruppischen Arbeiter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter durch ein Flugblatt auf den 8. Oktober zu öffentlichen Versammlungen eingeladen, in denen zu der Nichtbeachtung der durch die Gewerkschaften an die Firma Krupp eingereichten Forderungen und zu der von der Direktion geplanten Abschneidung Stellung genommen werden sollte. Demals erinnerte sich der bekannte Gelsenkirchener Heß seiner Pflicht gegen die Firma Krupp und gab schleunigst ein Flugblatt gegen die Gewerkschaften heraus. In diesem Flugblatt bezeichnete der wahrheitsliebende Herr Heß die Mittelung von der geplanten Abschneidung als puren Schwindel und als von vorn bis hinten erlogen, trotzdem noch am Tage des Erscheinens seines Flugblattes in der Kanonendruckerei XI Abschneidungen vorgenommen wurden. Wer nun damals recht gehabt hat, wir oder der Beschüßler der Kapitalisteninteressen, Herr Heß, das wird den Kruppischen Arbeitern durch die neuesten „Lohnregulierungen“ vor demonstrieren. Im Werkzeugraum der Kanonendruckerei XI ist den Arbeitern die Mitteilung gemacht worden, daß in folgender Weise die Schichttariflöhne reguliert werden: Bei den Schleifern an den Schleifbänken und Schleifsteinen je nach Art der Beschäftigung von 5,20 M. von 5,50 auf 5,10 M., von 5,60 auf 4,80 M., von 6,80 auf 5,50 M., von 6 auf 5 M., von 7 auf 6,40 M. Die Werkzeugmacher, die bisher 7 M. pro Tag verdienten, sollen in Zukunft nur noch 6,70 M. „Funktionslohn“ verdienen. Bei größeren Kommissionsarbeiten soll es ihnen noch gestattet sein, in Afford 7 M. zu verdienen. Den Werkzeugschleifern wird der bisherige Lohn von 7 bis 7,20 M. auf 6,50 M. Funktionslohn herunterreguliert. Den Arbeitern wird hier von neuem wieder eingepaukt, daß sie in der kapitalistischen Gesellschaft leben, in der der Zweck der Arbeit nicht das Gemeinwohl, sondern die Erzeugung von Profit für die Aktionäre ist. Werden die Arbeiter daraus die richtige Lehre ziehen? Es ist den Kruppischen Arbeitern oft genug gesagt worden, daß sie sich organisieren müssen, wenn es für sie besser werden soll. — Die Essener Stadtverwaltung scheidet sich so sehr als Sachwalterin der besthenden Klassen, daß auch die leiseste Verletzung mit dem Worte „Sozialdemokratie“ einen panischen Schrecken bei ihren leitenden Beamten, besonders beim Oberbürgermeister, auslöst. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte die Absicht, am 14. März im großen Saale des Saalbauers einen Lichtbildvortrag zu veranstalten. Das Thema, sowie der gesamte Inhalt des Vortrages haben mit politischen Dingen nichts zu tun. „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“, so lautet der im vollen Vorlauf vorgelegte Vortrag, der von dem Kollegen Rauterbach gehalten werden sollte. Der Vortragende beabsichtigte, an der Hand von mehr als 100 Lichtbildern einen Ueberblick zu geben über die Gewinnung der Eisenerze, die geschichtliche Entwicklung der Eisengewinnung, Stahlherstellung zc. Zum Schluß sollte dann in ganzen vier Sägen — im Druck 8 Zeilen — auf die Organisation der Metallarbeiter hingewiesen werden. Ein ähnlicher Vortrag war bereits Ende 1910 unbeanstandet vom Deutschen Metallarbeiter-Verband veranstaltet worden. Doch der Oberbürgermeister lenkt: „Auf den Antrag vom 8. ds. Mts. teile ich ergebenst mit, daß eine Ueberlassung des großen Saales im städtischen Saalbau zu dem beabsichtigten Lichtbildvortrag nicht erfolgen kann.“ Gegen den Inhalt des Vortrages konnte die Stadtverwaltung nichts einwenden, sie mußte ihn sogar als bildend und belehrend anerkennen — aber die Aufforderung, sich zu organisieren, die sollte eine Werbung für die Sozialdemokratie sein, denn der Metallarbeiter-Verband ist bekanntlich (1) sozialdemokratisch! Mit dieser Begründung haßt die politische Polizei gegen die Arbeiterbewegung, gegen Gesang-, Turn- und Radfahrervereine. Man sieht, daß es unter Herrn Heß in Essen immer mehr elendwärts geht, von dem fortschrittlichen Geist, der unter dem verstorbenen Oberbürgermeister Heß herrschte, ist nachgerade der letzte Rest ausgetrieben worden.

Göppingen. Der Bericht über unsere Generalversammlung in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung hat, wie es den Anschein hat, unsern Parteiorgan gar nicht gefallen. Wir fällt es nicht ein, den Boden weiter zu spinnen oder gar unser Verbandsorgan hemmen zu wollen, um gegen Dinge zu polemisieren, die an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht gehören. Aber als alles langjähriges Mitglied möchte ich mich doch kurz äußern. Wenn unser Parteiorgan an Orte zum zerschlagen über die „Friedensstörer“, so sollte es doch mindestens so viel Logik besitzen, um noch unterscheiden zu können, wer angefangen hat. Gatten wir denn früher solchen Streit und Haber hier? Ist denn nicht fast auf den Tag hin auszurechnen, seit wann wir auch in Göppingen Aufstände haben, die einem jeden anständigen Kollegen die Luft zur Mitarbeit und zum Versammlungsbesuch verstellen könnten? Und wer sich der Mühe unterzieht, dies zu berechnen, wird finden, daß das zeitlich mit dem Redaktionswechsel bei unserm mit schweren Opfern geschaffenen Blatte zusammenfällt. Haben denn die Metallarbeiter Streit mit gewissen Parteigenossen angefangen oder sind nicht erst von der andern Seite schwere Vorwürfe, die völlig unberechtigt waren, gegen die Metallarbeiter erhoben

worden? Aber das ist ja bei uns nun Mode: wenn man einmal diesen Prinzipienwächtern sagt, was ist, dann kennen sie wie kleine Jungen, die stets brav gewesen sein wollen. Man verdrehe also nicht die Dinge und hüte sich nicht zu alten Unwahrscheinlichkeiten. Wenn aber die Freie Volkszeitung von einem „Sinterlückarbeiten“ schreibt, so möchte ich sagen, daß man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man in einem Glashaus sitzt, es gäbe schließlich hier auch in Göppingen Kollegen und Genossen, die ein Lied davon singen könnten, wo er es so macht und die sehr deutlich werden könnten, wenn es gewöhnlich wird. Uns Arbeitern tut etwas anderes not, als solcher Streit, der zu nichts führt und der erst seit neuester Zeit von einzelnen Personen systematisch inszeniert wird, um die eigene Unfähigkeit zu verdecken und die armen Teufel von Arbeitern von ihren wirklichen Aufgaben abzulenken.

Wir gehen, daß wir uns in der Freien Volkszeitung und ihren Freunden sehr geläufig haben. Sie, die „unentwegt“ jeden angreifen und „kritikieren“, dessen Nase ihnen nicht gefällt, gerieten über den Bericht in Nr. 6 in große Wut und zeigten sich dadurch einmal in ihrer Naivität. Wenn schon dieser Bericht in Nr. 6 solchen Unheil anzurichten vermochte, was könnte erst passieren, wenn wir die ganze Kritik, die in Göppingen so glorreiche Erfolge gezeitigt hat, unter die Lupe nehmen würden? Der von der Freien Volkszeitung proklamierte „Grundriss“ der unbefruchteten Kritik ist also nach ihrem Gebahren so zu verstehen, daß nur sie und ihre Freunde das Recht der Kritik haben, daß sie jedoch über der Kritik stehen. (Die Redaktion.)

Göppingen. In der Görlitzer Waggonfabrik verfußt man jetzt, ein Kalkulationsbureau zu errichten. Natürlich erklärte man da sofort, daß die Nordpresse alle zu hoch seien und daß es sich nicht machen würde, Abzüge einzutreten zu lassen. Den Anfang hat man bei den Güterwagenladierern mit 7 bis 28 Prozent gemacht. Diese Arbeiter traten darauf in den Streit. Bei den Verhandlungen ließ die Direktion durchblicken, daß sie bei allen Branchen Abzüge vorzunehmen beabsichtige. Die Löhne sind aber ohnehin sehr niedrig: 27, 28, 29 und 30 S. sind in großer Zahl noch da. Die Nordpreise sind in den meisten Fällen so, daß kaum über den Lohn verdient wird. Die Einrichtungen des Betriebes verorten wenig organisatorisches Talent. Einer der Hauptfehler ist die schlechte Einteilung, ganze Gruppen können wegen Mangel an Material nicht weiter arbeiten; im andern Falle ist das Material da, aber noch nicht vorgearbeitet. Die Behandlung ist nicht die beste. — Die Görlitzer Maschinenbauanstalt ist ein Betrieb, der wohl nie mehr in die Lage kommt, eine ruhige planmäßige Weiterentwicklung zu erhalten. In den letzten 4 bis 5 Jahren sind da große Umdrehungen vor sich gegangen. Der Wechsel der Direktoren zeitigt jedesmal auch einen Wechsel der organisatorischen Einrichtungen des Betriebes. Daß dies für den Betrieb nicht von Vorteil ist, versteht sich am Rande. Jetzt ist schon wieder wie vor zwei Jahren die Absicht da, durch ein Kalkulationsbureau eine vollständige Preisregulierung vorzunehmen. Den Anfang möchte man in der Dreherei mit Abzügen bis zu 50 Prozent. Der Kalkulator, der diese Sache in Szene setzte, ist ein Herr Walenda. (Den Kollegen von De Fries in Düsseldorf wohl noch in gutem Gedächtnis.) Die Görlitzer Maschinenbauanstalt verfügt über einen Stamm qualifizierter Arbeiter. Durch derartige Methoden, wie sie jetzt zur Anwendung kommen sollen, ist es allerdings fraglich, ob dieser Stamm der Firma erhalten bleibt.

Heilbronn. In der am 4. Februar abgehaltenen Generalversammlung unserer Verwaltungsgemeinschaft wurde der Bericht über das vierte Quartal und Jahresbericht für 1911 durch den Kassier und den Geschäftsführer erstattet. Die Abrechnung für die Hauptkasse bilanzierte für 1911 mit 60 934,15 M., die Lokalkasse mit 28 686,79 M. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des Jahres 2055 gegen 2002 des Vorjahres. Die Zunahme war also nicht groß, aber eine Zunahme wie 1910, wo sie 87 Prozent betrug, läßt sich eben nicht immer erreichen. Hinderlich zu einer weiteren Steigerung war natürlich auch ein geringeres Maß an Beitragszahlung. Alles in allem genommen, war aber die Entwicklung unserer Verwaltungsgemeinschaft eine gute. — Die Haupttätigkeit der Verwaltung war der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit gewidmet. Für die Angriffsbewegungen kamen in 36 Fällen 25 Betriebe mit 2931 Beschäftigten und 2581 Beteiligten in Betracht. Davon waren 1509 bei und organisiert. Es sind also reichlich 1/2 unserer Mitglieder in Bewegungen gestanden. Erzielt wurden für 472 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 764,5 Stunden pro Woche oder pro Jahr eine Verkürzung von 38 225 Stunden. An Lohnerhöhungen für 911 Arbeiter 1870,92 M. oder für den einzelnen 1,50 M. pro Woche, macht pro Jahr zu 50 Wochen gerechnet, eine Summe von 68 542 M. aus. Für 89 Arbeiter wurden Verträge abgeschlossen. Sonstige Vorteile, wie Regelung der Arbeitszeit, Befreiung von Mißständen, Befreiung für Ueberstunden zc. wurden für 1265 Kollegen erzielt. Für 1286 Kollegen bedeuteten die geführten Bewegungen einen Nutzen, für 543 einen teilweisen und für 671 Kollegen keinen Erfolg. Kosten sind für Haupt- und Lokalkasse bei diesen Bewegungen nicht entstanden. Es gelang, auf dem Wege der Verhandlungen die Vorteile zu erzielen. In nahezu ebenso vielen Fällen mußte bei den Abwehrbewegungen eingegriffen werden. Für diese kamen in 31 Fällen 15 Betriebe mit 2643 Beschäftigten und 1049 Beteiligten in Betracht. Organisiert waren bei uns 781, 136 in anderen Organisations- und 138 nicht organisiert. Erzielt wurde die Verhinderung einer Lohnkürzung für 46 Arbeiter im Betrag von 260,20 M. wöchentlich. Sonstige Verhinderungen, wie schlechte Behandlung, Entlassungen, Kündigungen und dergleichen wurden abgewehrt für 343 Kollegen. 253 Kollegen erzielten dabei einen Nutzen, 690 einen teilweisen und 29 Kollegen keinen Erfolg. Auch bei den Abwehrbewegungen gelang es in den meisten Fällen, im Verhandlungswege die Differenzen zu schlichten. Nur in zwei Fällen mußte zur Kündigung geschritten werden. Kosten für Haupt- und Lokalkasse entstanden auch hier nicht. Ueber die Tätigkeit der Branchen wäre mit Ausnahme der Flaschner und Stahlalutoren, für die im verfloßenen Jahre zum erstenmal ein Vertrag mit den Meistern abgeschlossen wurde, nicht viel zu berichten. Die Bauindustrie ist mit einigen Ausnahmen infolge der Zerstreuung in den einzelnen Betrieben sehr schlecht für die Organisation zu gewinnen, wenigstens auch ihre Verhältnisse nicht die rosigsten genannt werden können. Meistlich liegt es bei den Schmieden. Die Elektrikmonteure haben sich ebenfalls recht wenig um ihre Interessen gekümmert, was bei der Eigenheit des Berufes nicht weiter verwunderlich ist. An Bildungs- und sonstigen Bestrebungen waren hervorzuheben die Lichtbildvorträge, die in einigen Bezirken gehalten wurden und sehr viel Anklang fanden. In einem wissenschaftlichen Kurs des Genossen Dr. Dunder beteiligten sich 35 Kollegen. Versammlungen, Sitzungen zc. fanden 542 statt. Ueber unseren Vertrauensmännerkörper ist zu sagen, daß er auch im verfloßenen Jahre sich recht gut bewährte. Abgesehen von einigen, die es mit ihren Vätern der Organisation und den Kollegen gegenüber nicht gerade sehr ernst nahmen, sind wir mit der Tätigkeit unserer Vertrauensleute sehr zufrieden. — In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß in Zukunft noch mehr als bisher für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen getan werden muß. Größere Anstände wurden nicht gemacht, aber gefällte Fragen wurde die gewünschte Aufklärung gegeben und hierauf einstimmig dem Kassier und der Verwaltung Entlastung erteilt.

Rundschau.

Reichstag.

In den ersten acht Tagen nach seinem Zusammenritt gelangte der Reichstag noch nicht zu einer positiven Arbeit. Die Wirren in die er sich bei der Präsidentenwahl gefürzt sah, dauerten an. Dem Beispiele des zum ersten Präsidenten gewählten Zentrumsmannes Dr. Spahn, der, wie wir berichtet haben, sein Amt auf Anraten seiner Fraktion niederlegte, ehe er es noch ausgeübt hatte, folgte der Vertreter

der nationalliberalen Fraktion im Präsidium, der zweite Vizepräsident Dr. Baasche. Seiner Amtsbiederlegung gingen heftige und sicherlich noch lange nachzitternde Kämpfe in der nationalliberalen Partei voraus. Schon früher haben wir darauf hingewiesen, daß sich unter dem Sammelbegriff des nationalen Liberalismus die mannigfaltigsten politischen Schattierungen verbergen. Schien es eine Weile, als ob unter Führung von Wassermann und Dr. Jund die fortschrittlich gerichtete Gruppe dieser Fraktion Führung und Entscheidung an sich gerissen habe, so benötigte inzwischen die reaktionäre Gruppe Zeitungen und Organisationen der Provinz, das offizielle Wolffsche Telegrammbureau und den persönlichen Einfluß der großen Geldgeber, um die Fraktion nach allen Regeln der Kunst einzuschüchtern und nach rechts zu drängen. Von dem ersten Mut der Tat ist nichts mehr geblieben als eine schwächliche Erinnerung.

Die Fortschrittliche Volkspartei sprang in die Lücken ein und stellte für den Posten des ersten Präsidenten sowie des zweiten Vizepräsidenten Kämpfe und Dobe, zwei Männer, die sich bereit erklärten, mindestens die ersten vier Wochen bis zur definitiven Wahl des Präsidiums durch Uebernahme der Leiter des Parlament arbeitsfähig zu machen. Wie sich nach Umlauf dieser vier Wochen die Dinge gestalten werden, ist noch in keiner Weise zu übersehen. Es ist auch eine müßige Frage, ob der Vertreter der Sozialdemokratie im Präsidium alsdann die notwendige Stimmzahl auf sich vereinigen oder ob er durch Desertion der nationalliberalen Partei seinen Posten verlieren wird. Die sozialdemokratische Fraktion kann dem Ausgang der Dinge in aller Ruhe zusehen; sie hat versucht, eine aktionsfähige Linke zu schaffen und schon in der Auswahl des Präsidiums den Wechsel in der politischen Lage Deutschlands zum Ausdruck zu bringen.

Die Etatebattelle, die in der Berichtsstunde begann, setzte mit einer Rede des sozialdemokratischen Vorkämpfers Dr. Franke ein. Ihm folgten Redner des Zentrums, der Konserwativen, des Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der kleineren Gruppen; die Regierung war vertreten durch den Schatzsekretär, der sich lediglich auf eine technische Erklärung des Budgets beschränkte und durch den Reichskanzler, der nach einer kurzen Erläuterung der internationalen Politik in einer großen Rede das Fazit der Wahlbewegung, so wie er es versteht, zu ziehen versuchte.

In der Tagespresse aller Parteien ist es in der neueren Zeit Sitte geworden, die Redner der einzelnen Fraktionen im Reichstag mit Zensuren zu bedenken. Dabei ist die Gefahr immer sehr groß, daß die Verfasser der sogenannten „Stimmungsblätter“ das Lob bei den Rednern der eigenen Partei möglichst dick auftragen, die Vorkämpfer der anderen Parteien aber als mehr oder wenig mittelbedeutende Ignoranten abtun. Wir suchen der Gefahr eines solchen vielleicht harmlosen, sicher aber gänzlich zwecklosen Beginns zu entgehen, indem wir einen rein sachlichen Standpunkt bei der Beurteilung der politischen Darlegungen im Parlament wählen, indem wir die Reden danach klassifizieren, was sie als ihr Ziel erkennen lassen und wieviel sie dem Ziele nahegekommen sind. Demnach schließt sich es doch nicht darauf an, daß Ueberhaupt im Reichstag geredet wird, sondern darauf, was durch die Reden erzielt werden soll. Das klingt sehr selbstverständlich, ist es aber, wenn man die händereichen Berichte über die Reichstagsverhandlungen daraufhin durchsieht, keineswegs. Den Rednern werden, die ohne deutlich erkennbaren Zweck nur gehalten worden sind, damit sie in den Berichten erscheinen und damit Abgeordnete in der Rednerliste vertreten sind oder oratorische Effekte erzielen, nehmen einen viel breiteren Raum ein, als man gemeinhin anzu nehmen geneigt ist. Betrachten wir von unserem Standpunkt aus die Reden des ersten Abschnittes der Etatebattelle, so ergibt sich, daß Dr. Franke, der Volksparteiler Bayer und der nationalliberale Dr. Jund, selbstverständlich unter vollständiger Abwägung ihrer prinzipiellen Parteimeinung, das gemeinsame Bestreben zeigten, den Boden für eine aktionsfähige Linke zu bereiten. Namentlich Dr. Franke's Ausführungen waren in der Beziehung von außerordentlicher Zielfarheit und Sachlichkeit. Genau so ruhig, innerlich überzeugend, organisch aufgebaut, wie der Ablauf der letzten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes vom 7. Dezember 1911 mit seinem bekannten Minimalprogramm, war das, was er als unmittelbare Forderungen der Sozialdemokratie dem Parlament und damit dem ganzen Volke unterbreitete. So wie die Reden des Vorkämpfers immer von selbst versteht, so versteht sich für einen Sozialdemokraten auch von selbst, daß er alle seine politischen Schritte in der Richtung auf eine wesentliche Umgestaltung unserer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse tut. Das braucht also nicht immer von neuem in den Vordergrund gehoben zu werden, das braucht man nicht in grellen Farben auszumalen, damit im Halbdunkel schließlich die unmittelbaren Tagesfragen, von deren zweckmäßiger Lösung die Erreichung des Endzieles abhängt, verschwindet. Was aber ist die erste Reform, die Klarheit und Wahrheit in das Getriebe unserer Reichspolitik hineinschaffen würde? Zweckförmig der Ausbau des Reichstagswahlrechtes im Sinne einer proportionalen Vertretung der Wählerschaft im Parlament und der Uebergang vom halbparlamentarischen zum parlamentarischen Regierungssystem. Alles andere ist Nebenwerk, Folge des ersten Schrittes, deren sich niemand, weder eine Partei, noch die Regierung, noch die Monarchie würde entziehen können. So hob denn auch Dr. Franke scharf und klar hervor, daß es uns in erster Linie darauf ankommt, die Vorbedingungen der Demokratisierung unserer politischen und der Sozialisierung unserer wirtschaftlichen Zustände durch die Weiterbildung unserer Verfassung zu schaffen.

Man konnte nicht erwarten, daß sich der Nationalliberals reiflos diesen Forderungen oder wenigstens ihren letzten Konsequenzen anschließen würde. Aber mit einer immerhin bemerkenswerten Energie hieb doch auch Dr. Jund in diese Kerbe. Das ist ein Beweis dafür, daß sich die nationalliberale Partei, zum mindesten ihr linker Flügel, immerhin bemüht, aus dem Wahlausfall zu lernen. Das Resultat der Hauptwahl — 4 ganze Mandate für die nationalliberale Partei, kein einziges Mandat für die fortschrittliche Volkspartei — ist wohl geeignet, auch dem verböhrten liberalen Gegner der Sozialdemokratie zu beweisen, daß hier die große Schicksalsfrage für unser Volk liegt. Das hob denn auch der Abgeordnete v. Payer in seiner anspruchsvollen aber eindringlichen Weise hervor. Wir haben demnach eine Mehrheit für entscheidende Reformen unserer Verfassung, eine Mehrheit, der man vernünftig wenigstens kleinere Teile auch der Zentrumspartei nicht hinzurechnen dürfen.

Das Zentrum ging freilich nicht so weit, ein offenes Eingekändnis in dieser Richtung zu machen; aber ein verstecktes liegt in der Art, wie Herr Speck die Politik seiner Fraktion darzulegen versuchte. Es ist schon lange Zeit verfloßen, seit die Zentrumspartei so radikale, oppositionelle Lüne gegen die Regierung angehängen hat, wie dieses Mal; lange Zeit ist allerdings auch verfloßen, seitdem eine Rede des Zentrumsvizepräsidenten so kühl und gelassen, beinahe gleichgültig, aufgenommen wurde, wie die des Herrn Speck. Es hat sich doch eben mancherlei gewandelt in der Zeit vom Dezember 1911 bis zum Februar 1912!

Nur einer ist von diesem Wandel dieser Zeiten völlig unberührt geblieben. Nur einer steht da in der ewigen Gelassenheit seines philosophischen Gemütes und entdekt in alledem nichts weiter als einen Anreiz, schulmeisterliche Lobspüche und Hutentziede anzuhallen.

Dieser eine ist der Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Er ging aus von seinen früheren Versuchen, für die Reichstagswahlen von 1912 eine Sammelparole aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie auszugeben, welche Versuche bekanntlich an den harten Tatsachen der politischen Realität jaumernd scheitern gelitten haben. Seine Pflicht, so meinte er, habe er immerhin getan, sowohl für die Monarchie wie für das Land, indem er nicht abgesehen habe, darauf hinzuwirken, welche Verwirrung im Volke entstehen müsse, wenn die Scheidelinie zwischen den Grundanschauungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie verwischt wird. Nicht die Sozialdemokratie habe sich geändert, sondern der Liberalismus und die ihm nahestehenden bürgerlichen Schichten, die jetzt die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft zu vertragsfähigen Bundesgenossen sich erlören hätten. Damit diskreditierte man den Staat. Die Sozialdemokratie habe zwar sehr vorsichtig ihre antinationalen Tendenzen in den Hintergrund geschoben, aber über ihre Gefährlichkeit könne kein Zweifel bestehen und das einzige, was aus dem großen Wahlsiege zu entnehmen sei, sei die Notwendigkeit einer „Stärkung der Regierungsgewalt“. Daher dürfe man nicht von einer Demokratisierung des Wahlrechtes, von einer Veränderung der Reichsverfassung sprechen; das Reichstagswahlrecht habe seine Schwächen, es führe die Unmoralität der Stichwahlen mit Notwendigkeit herbei, aber wenn man es ändere, so mache man einen Schritt auf dem Wege zur Parlamentarischherrschaft, der er mit allen Kräften entgegenarbeiten werde. Auch er wolle vorwärts gehen, aber nicht in der Richtung einer weiteren Demokratisierung. Wer „weder reaktionär noch radikal“ sein wolle wie er, der müsse danach trachten, den alten Haber in den bürgerlichen Parteien zu dämpfen und seinem Sammelrufe zu folgen.

Wenn man diese dürftigen Exhortationen eines veränderten Bureaurentrats, dem mit höheren Ministern der Verstand nicht gemacht zu sein scheint, dann erinnert man sich unwillkürlich an die Vorgänge, die sich nach der russischen Revolution in unserem Nachbarreich abgespielt haben. Auch in. hatte sich, nachdem durch die Unfähigkeit der herrschenden Kreise das Land an den Rand des Abgrundes gebracht worden war, der nach vorwärts gerichtete Wille der übergroßen Volksmehrheit Bahn gebrochen. Doch die starrsinnige Bureaurentrats des Reiches und seiner Nachfolger und Helfer bis zu Stolypin glaubte, nachdem der erste Schreck überwunden war, keine andere Aufgabe als die der „Stärkung der Staatsautorität“ zu haben. Was heißt das: Stärkung der Staatsautorität? In Rußland hieß es das Weiterbestehen der absoluten Zarenherrschaft, der von dem Fürstentum des Kaisers überdeckten Schichtwirtschaft einer bürokratischen Kaiserherrschaft. Bei uns würde es nichts anderes bedeuten, als die Aufrechterhaltung der Privilegien des Großkapitals, namentlich des ländlichen Großgrundbesitzes, dem alle übrigen Volksglieder dienbar gehalten bleiben sollen. Es heißt, daß selbst auf die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges hin der Wille des Volkes mit Füßen getreten und mißachtet werden soll; es heißt, daß die Männer mit dem leeren Hirn und dem versteinerten Herzen auch weiterhin Schindluder treiben können mit einer fleißigen, strebsamen, hübschmugigen, aber unterdrückten und vielfach unglücklichen Bevölkerung. Nicht deutlicher konnte die Notwendigkeit eines hegemonialen Bandes unserer politischen Verhältnisse dargestellt werden als durch die Rede Bethmann-Hollwegs. Es ist möglich, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß sehr viele von dem, was er sagte, eigentlich gar nicht an die Adresse der Volksherrschaft gerichtet war, sondern nach dem Manne auf dem Throne zielte. Von dessen gnädiger Lanze hängt die ganze Herrlichkeit eines Reichskanzlers ab. Der erste Beamte des Reiches wird nicht gerade angenehme Stunden verlebt haben, als er am Tage nach dem Abschluß der Stichwahlen dem Monarchen die Meldung von dem Eintritt der 110 Sozialdemokraten in den Reichstag zu machen hatte. Es wird uns wohl ihm in seinem Interesse daran gelegen sein, die Bedeutung dieser Tatsache möglichst herabzubringen, möglichst zu verkleinern, Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, die man am Hofe gerne hört, gerne bekräftigt sehen möchte. Aber ergibt sich denn daraus nicht, daß wir nun erst recht darauf dringen müssen, das Kaiserthum, das immer noch dem Kaiserthum anhängt, ein für allemal aus der Welt zu schaffen? Wir wollen mit der alten Fiktion aufgeräumt wissen, als ob das Volk der Monarchie wegen da sei, während man doch gütigstenfalls für die Monarchie das eine anführen dürfte, was Friedrich II. in die Worte zusammenfaßte, daß der König der erste Diener seines Volkes sein solle.

Wir wollen die Kraft, die hinter Bethmann-Hollweg steht, nicht unterschätzen. Unterjochung des Gegners ist auf dem Felde der Politik genau so gefährlich wie bei einer militärischen Operation. Aber wenn wir uns ganz kalt und nüchtern die Tatsachen vor Augen halten, dann ergibt sich doch, daß uns um den Ausgang der großen Auseinandersetzung zwischen Autokratie und Demokratie nicht lange zu sein braucht. Auch der Reichskanzler wird schon noch werden, welche Bedeutung die 4 1/2 Millionen Wählerstimmen und die 110 Mandate der Sozialdemokratie haben. Wenn die parlamentarischen Schichten von dem Volkswort zum eigenartigen Volksschicksal werden, dann wird er einsehen lernen, daß er keine der Größe, auf die er hinwies, durchzuführen vermag, wenn er nicht die 110 sozialdemokratischen Stimmen dafür zu gewinnen weiß. Hat aber eine Fraktion, die eine sichere Mandat in Händen hat, nötig, sich zu schmelzen zu lassen, wie hat Herr Bethmann-Hollweg herausgefunden? Er, der eine taubenscheit Empfindlichkeit gegen jede persönliche Kritik hat, ein Mann, der sich vor ihm überlegt, wenn er im Kladderadatsch oder im Einschüpfen eines gelungenen Karikatur von sich den Augen bekommt, was so lange in die Zeit genommen werden, bis er begriffen hat, daß jede unangenehme Bemerkung gegen seine Fraktionen und auch gegen einen angeseheneren Reichspräsidenten des Reichstages in jedem Falle die gefährliche Zurückweisung finden.

Wahrscheinlich hat durch sein Hofmannschalkamt bekanntgegeben lassen, daß er den Hof der Reichspräsidenten nicht und diese ablehnen. Schreie! Aber, wir wissen — es geht auch so!

Die bayerischen Landtagswahlen
 am 5. Februar hatten folgenden Ergebnis an Abgeordneten: 87 Zentrum, 85 Deutsche und Bayerische Bauernbund, 30 Sozialdemokraten, 4 Bayerische Bauernbund und 7 Bund der Landwirte und Konfessionen. Das Zentrum gewann 2 und verlor 13, die Liberalen verloren 2 und gewannen 13, die Sozialdemokraten gewannen 9, der Bayerische Bauernbund verlor 2 und gewann 3, der Bund der Landwirte und die Konfessionen verloren 12 und gewannen 2. Das Zentrum hat nach diesem Resultat leider die Mehrheit an Mandaten; wäre die Wahlberechtigung nicht dem Zentrum auf dem Land gebühren, so würde es nach den obigen Zahlen die Mehrheit nicht wieder gewonnen haben. Das amtliche Ergebnis der Wahl wird in jeder folgenden Folge aus: Wahlberechtigt 1 187 127, abgegebene Stimmen 96925, davon ungültig 4642. Von den gültigen Stimmen erzielte: Zentrum, Bund der Landwirte und Konfessionen 43369 = 45 Prozent; Liberalen, Deutsche und Bayerische Bauernbund und Sozialdemokraten 489746 = 50,8 Prozent; gewählte und gesplittet 1129 = 1,2 Prozent. Nach Berechnungen

in der bayerischen Presse hat das Zentrum, obwohl bei dieser Wahl im ganzen Lande 163000 Stimmen mehr abgegeben wurden als 1907, nur 42 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, 2 Prozent weniger als 1907.

Das Zentrum hat aber nun auch das „Glück“, endlich einmal selbst für die Regierung verantwortlich sein zu müssen. Das Ministerium, das durch die Verfassung des Landes 13 an die Wähler appelliert hatte, wartete den Wahltag nicht einmal ab, es warf die Früchte schon einige Tage vorher ins Korn. Nun ist ein fast ganz neues ultramontanes Ministerium ernannt worden mit dem Freiherrn v. Hertling als Ministerpräsidenten. Der neue Landtag ist auf den 27. Februar einberufen. Wie die politische Situation in Bayern sich gestaltet hat, darf man auf scharfe Kämpfe im Landtag gefaßt sein.

Wäre etwas mehr kaltes Blut!

Daß im Reichstag ein sozialdemokratischer Vizepräsident seines Amtes waltet, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Daß dies jetzt erst zum ersten Mal geschieht, ist indessen weniger selbstverständlich, findet jedoch seine Erklärung in der eigenartigen Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland. So ist die Wahl des Genossen Scheidemann zum ersten Vizepräsidenten immerhin ein Ereignis, das besonders gewürdigt zu werden verdient, wie dies ja auch im Reichstagsbericht unserer vorliegenden Nummer gesehen ist. Auch ist die Sache der Vertiefung solcher Dinge bis zu einem gewissen Grade Sache des Temperaments und des Geschmacks und es kann insoweit nicht ausbleiben, daß hier eine oder der andere sich bei solchen Gelegenheiten so unbeherrschbar zeigt, daß er einmal über die Schur haut. Wir kennen den „tolen Vizepräsidenten“ persönlich und es gibt wohl kaum einen Sozialdemokraten in Deutschland, der von seiner Erziehung mehr befreit ist als wir. Keinen Augenblick haben wir daran gezweifelt, daß er seines Amtes gewachsen sein würde. Um so weniger ist indessen nach unserer Meinung Veranlassung zu den übertriebenen Besprechungen vorhanden, mit denen Genosse Scheidemann in einem Teil der Parteipresse überschüttet wurde, als er in Folge der Besprechungen des zum Präsidenten gewählten Zentrumsabgeordneten Spahn sich zu Anfang seines Amtes als Leiter der Verhandlungen des Reichstages waltete. Von dem, was in einem Teil der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß geschrieben wurde, können wir hier gerne schweigen; wir können da nur sagen: Je blödsinniger und je widerlicher, desto besser. Anders ist es jedoch mit solchen Parteiblättern, die stets so tapfer schmälern können, wenn sich einmal so ein simpler Gewerkschafter — nach ihrer Meinung — verhält. Unter den verschiedenen Gesandtschaften, die bei dieser Gelegenheit aufs Papier gebracht worden sind, steht wohl ein mit h bezeichnetes Entreeblatt am höchsten, das in Nr. 33 der Bremer Bürger-Zeitung vom 14. Februar erschienen ist und die Ueberschrift trägt: „Unterm roten Bize“. Es heißt darin:

„Genug, die Spannung ist wirklich sehr groß. Anhänger bürgerlicher Parteien haben sich zu den Seiten des Präsidentenstuhles postiert, sie wollen's aus nächster Nähe sehen — wenn der Sozi sich (Sollt man es geben) blamiert. Philipp, Philipp, nimm dich zusammen, daß diese Gesellschaft nicht auf ihre Rechnung kommt... Da erntet das Glanzzeichen. Schnell, rüchziglos. Schnell fällt sich der Saal. Die Konfessionslose, das Zentrum, die Liberalen — alle, alle sind sie da. Selbstverständlich! Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Und dann ist das Präsidium... Wie, bitte? Die Hundertundzweihundert, Na, natürlich, auch sie sind zur Stelle. Aber wo bleibt nur der Bize — ja, daß er! Ganz gemächlich kommt er herein und setzt sich — jetzt sich auf den hohen Stuhl des hohen Thrones. Sicher Lausend ja, wie ihm das anseht! Als ob er's eingeblättert hätte! Und die Miene, diese Miene, die der Sozial heute ausgefacht hat! Die richtige — Präsidentenmiene.“

Nachlässig blättert er in den Papieren, die vor ihm liegen. Und jetzt steht er auf, greift mit festem Griff nach der Glocke und schwingt sie. Ganz so, als ob er das immer schon so gemacht hätte. Schwingt sie über Monarchisten und Republikaner, über Fromme und Atheisten, über Rechts und Links. Dabei war sein Verhältnis zu dieser Glocke bisher doch durchaus kein — sozusagen intimes. Sie wurde nie für sich geschwungen, wenn es galt, ihn zur Ordnung zu rufen. Jedoch zur Ordnung, die er mit jedem Wort (man denke nur an jenes über die Hörsäle) gefordert und jetzt schwingt er die Glocke... Ja, wird denn jemals ein blaublütiger Junker oder schwarzgekleideter Junkerwurm diese Glocke wieder anfassen, diese Glocke, die der rote Bize schwingt? Ruß sie nicht mindestens erst in Weißwasser oder auch in Karbolwasser getaucht werden von wegen der roten Bazillen, die möglicherweise daran haften blieben? Bazillen von der Hand des roten Vizepräsidenten?

Doch jetzt mit solchen Gedanken, dazu ist jetzt keine Zeit. Die Sitzung ist eröffnet — sagt der sozialdemokratische Vize und er wendet sich — offenbar mit kernigen Behagen — bornehmlich nach rechts, ist dabei aber auch auf der äußersten Linken sehr gut zu vernehmen.

Auf der Rechten, in der Mitte, bei den Liberalen tiefes Schmeigeln; der bürgerlichen Abgeordneten in der Umgebung des Präsidenten fürst langsam ein Lächeln auf den Lippen. Unser Genosse macht aber seine Sachen auch sehr gut.

Jetzt verliest er ein Schreiben des Herrn Dr. Peter Schöner, darin die von der Niederlegung des Präsidentsamtes Anzeige erachtet. Man denke! Anzeige bei dem roten Vizepräsidenten. Ja, fragt denn nicht die Rede ein, ist denn das alles in der Ordnung? Gewiss. Der frühere Schriftleiter Philipp Scheidemann ist an alles dies und sonst noch was gar nicht zu denken. Mit klarem, wohl lautender Stimme, mit deutlicher Aussprache, mit Geschick und Tatkraft seine Mitteilungen und Würdigung zu erörtern. Nicht im mindesten ermuntert er an die Halber von den Sozialen, wie wir sie in den Blättern lesen. Nichts verrät an ihm, daß er ein gang unerbesserlicher roter Unbürgerler ist, er, der da jetzt die bürgerliche Ordnung repräsentiert. Beträgt er nicht das Maß seiner Würde aus seinem „Habe“, in Bezug heraus, höchstens übertrieben von der widerwärtigen Miene des oberen Teiles seines Hauptes... Ich denke die nächste Sitzung... O, ha, ha, er benutzt die nächste Sitzung ein, er, Philipp Scheidemann, der Sozialdemokrat! Ja das nicht spassig? Und ist es nicht unerhörte und so?

Es war des eifrigsten in den Reichstagen. Der erste Verlesungstag unter dem roten Bize. Und neben diesem sah der rote Vizepräsidenten Witzes Fächer.

Sonderbar, sonderbar! Die Sitzung ist geschlossen — sagt der rote Bize und was ist der Kern gelöst. Auf der äußersten Linken, auf der Rechten freilich Schreie, auf der Rechten und in der Mitte des Saales scheint man bedenklich. Stillschweigen herrscht über allen die Genossen hinweg, und immer wieder hört man: Das hat er sehr gemacht! Der Philipp nämlich. Sind doch gekannt, wie lange er's noch machen wird. Wegen gib's! Unterredungen und herangehen und Präsidentenwahl. Wie lange noch? Wie lange noch?

Rechtlich ist die Bremer Bürger-Zeitung so fremdlich, und darüber aufzuklären, wie eine solche Schreie sich mit der materialistischen Gesellschaftsanschauung verhält. Eine der ersten Konsequenzen aus dieser ist doch die, daß jeder Personalaktus unehrlich ist. Oder wird bei der Bremer Bürger-Zeitung die materialistische Gesellschaftsanschauung nicht beachtet? Das, was Genosse Scheidemann in dieser an die ersten Minuten langer Sitzung gesagt hat, ist geringfügig im Vergleich zu dem, was viele Gewerkschaftler oft in ganz einfachen Werkstattversammlungen leisten müssen, ganz zu schweigen von

großen Gewerkschafts- oder Parteiverfassungen, wo die Gelster oft in so scharfer Weise aufeinander schlagen. Die Fähigkeiten des Genossen Scheidemann wollen wir keineswegs verkümmern und wir sind überzeugt, daß er auch schwierigen Situationen gewachsen sein wird. Zu welchen Dithyramben wird der Genosse h sich dann versteinern müssen! Wenn wir über den Ausfall der Reichstagswahlen — der denn doch immerhin eine weit größere Bedeutung hat als die sehr kurze Amtshandlung des Vizepräsidenten Scheidemann — in solche Vergleiche geraten wären wie der Genosse h, was würde dann Dr. Dunder gesagt haben, der sich schon über unsere kurze Bemerkung von der „neuen Epoche“ in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung so aufgeregt hat?

Die bayerischen Industriellen und die bayerischen Landtagswahlen.

In Nr. 4 der Bayerischen Industrie-Zeitung drehte der Ober-Schwarzmaier der bayerischen Industriellen, der Syndikus Dr. Kuchlo, wieder einmal den Scheffel. In einem Artikel „Industrielle Wahlbetrachtungen“ machte er seinem gepreßten Herzen Luft. Ihm paßt das Wahlbündnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie nicht, die Paarung von Liberalismus und Sozialdemokratie bei einzelnen Fragen ist ihm unangenehm. Er fürchtet, daß dann nicht liberale, sondern radikale Ideen den Ausschlag geben. Der Rede Sinn ist zwar etwas dunkel, aber wenn man bedenkt, daß dringende soziale Forderungen den Industriellen ein Greuel sind, so findet man schon eine Erklärung, was Herr Kuchlo unter radikalen Ideen versteht. Er wird ja später auch noch deutlicher. Er weiß wohl, daß das Zentrum in Zukunft sich an die Spitze der Industriellen dem Zentrum in der Industrie ein blühendes Steuergehebe und manches sonstige Unangenehme verbirgt — aber nach Herrn Kuchlo ist die industriellenfeindliche Stellung des Zentrums der Uebel größtes nicht. „Der Uebel größtes“ aber sind nach Herrn Kuchlo die sozialpolitischen Umwandlungen namentlich der Jungliberalen, die natürlich durch den Verkehr mit den Sozialdemokraten noch gefördert werden. Wie lobend hebt Herr Kuchlo die verräterische Haltung des Zentrums bei Arbeiterfesten hervor! Er schreibt wörtlich:

„Man denke nur an die Stellung des Zentrums (im Landtage) zur Arbeitlosenunterstützung: wie vorsichtig ist es hier zu Werke gegangen trotz aller Wohlwollens für die Arbeiter im Gegensatz zur Draufgängerpolitik der Jungliberalen und Sozialdemokraten. Was würde also eine neue Mehrheit im Landtage, bestehend aus Liberalen und Sozialdemokraten, der Industrie bringen. Sicher nichts Gutes.“

Wir wollen gern zugeben, daß Schwarzmaier von der Richtung Kuchlo-Enggenheim er, die die Organisation, so weit sie die Beamten und Arbeiter betrifft, am liebsten vernichten möchten, nicht erbaut sind, wenn die Landesgesetzgebung das Koalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter zu schätzen versucht. Wir bestreiten aber, daß dadurch die Industrie geschädigt wird. Als Streikler dieses vor Jahren mit einer Firma wegen Arbeiterforderungen verhandelte, da wurde ihm entgegengehalten, die Regierung habe kein Verständnis für die Bedürfnisse der Industrie. Heute wird dasselbe von der Gegenpartei vorausgesetzt. Nicht die Industrie kann geschädigt werden, wenn wirklich liberal regiert würde, sondern nur der Herr-im-Haus-Standpunkt der Industriellen könnte erschüttert werden.

Kein Koalitionsrecht und kein Wahlrecht — das ist das Rezept des Herrn Kuchlo. Die Arbeiter sollen nur Mehrwerte schaffen und sonst dem Unternehmertum willenlose Sklaven sein. Schreibt doch Herr Kuchlo:

„Es wird eben immer schwerer sein, mit einem aus dem allgemeinen gleichen Wohlstand hervorgegangenen Parlament eine rationelle Wirtschaftspolitik zu treiben; wer nach der Kunst der Masse schießen muß, verliert leicht den Blick für das Erreichbare und Durchführbare.“

Kuchlo predigt also den Umsturz der Verfassung und die Verschleppung des jetzt bestehenden Wahlrechtes, das weit entfernt davon ist, der Gerechtigkeit zu entsprechen. Wer nach der Kunst der Masse schießen muß, verliert zu leicht den Blick für das Durchführbare und Erreichbare“, sagt Kuchlo. Wer als gut besoldeter Funktionär die Interessen einer kleinen Unternehmerrasse wahrnehmen muß, darf natürlich nichts von den Bedürfnissen der großen Masse schreiben. Die Entwidlung geht aber ruhig ihren Gang. Herr Kuchlo enttrübt sich über das Wahlbündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, weil dadurch die Umsturzpolitik verlangsamt wird. Er erinnert sich jedenfalls mit Unbehagen daran, daß, so unangenehm ihm und seinen Freunden es auch gewesen sein möchte, die Arbeiter ihn zwingen, mit den Gewerkschaften als Organisation zu verkehren — nicht zum Schaden der Industrie. Auch die sozialdemokratische Partei ist dank ihrer wachsenden Macht ein verhandlungsfähiger Faktor und wird es immer mehr werden. Herr Kuchlo beweist durch seinen Artikel nur, daß er bis jetzt noch nicht die Zeichen der Zeit verstanden hat.

Der Hinweis auf die „antinationalen und antinationalen Bestrebungen“ der Sozialdemokratie nimmt sich im Munde der Industriellen recht komisch aus. Wir meinen, wer dem Auslande die Produktion billiger liefert als den Konsumenten des eigenen Landes, wie das bei den Eisenbahnwagen der Fall ist, der hat kein Recht, mit seinem „Patriotismus“ zu prunken.

Falls aber die bayerischen Industriellen wieder einmal über die unzureichende Beförderung der Industrie in Bayern weinern, werden die Arbeiter sich des Artikels von Kuchlo erinnern, der diese Steuerpolitik als das kleinere Übel gegenüber der Sozialpolitik betrachtet. H.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Ein eigenartiger Kampf ist in der mittel-fränkischen Spiegelrohrenindustrie, die ihren Hauptsitz in der Stadt FÜRTH hat, entbrannt. Die Fabrikanten hängen vollständig von den Exporteuren ab, die ausnahmslos Kapitalhändler sind und es trefflich verstehen, bei dem Geschäft ihren Nutzen zu finden. Sie bringen die Aufträge auf kurze Konjunktur zusammen und suchen dann in der stillen Zeit die Preise möglichst herabzubringen, wobei sie die kleineren Unternehmer als Preisdrücker gegen die größeren Fabrikanten ausnutzen, und zwar mit Erfolg, weil jene darauf angewiesen sind, unter allen Umständen Aufträge zu erhalten. Diese Verhältnisse sind auch für die Arbeiter sehr unangenehm, da von einer höheren Beschäftigung niemals die Rede sein kann und zeitweise Hunderte von Arbeitern arbeitslos sind. Man haben sich die Dinge soweit entwickelt, daß es zu einem Kampfe kommen muß. Da am 1. Februar in der Holzindustrie ein neuer Tarif mit erhöhten Löhnen in Kraft getreten ist, haben die Fabrikanten den Exporteuren neue Preislisten eingereicht, worin die Preise für viele Rahmen um 2 bis 3 Prozent erhöht sind. Die Exporteure wehren sich darauf nur einfallen, wenn die Fabrikanten sich vertraglich für das ganze Jahr auf diese Preise verpflichten. Da aber die 2 bis 3 Prozent nicht ausreichen sind, um die Lohnforderungen auszugleichen, liegen die Fabrikanten sich auf dieses Ansuchen nicht ein, sie erheben sich aber, einen Preiskusschlag von 5 Prozent für das ganze Jahr festzusetzen. Darauf beschließen die vereinigten Exporteure, alle Aufträge zurückzuziehen und keine weiteren Aufträge zu übermitteln, bis der neue Preistarif zurückgenommen sei. Das bedeutet, daß die Unternehmer gezwungen sind, einen großen Teil der Arbeiter zu entlassen und einzelne Betriebe überhaupt stillzulegen. Deshalb haben sich die Arbeiterorganisationen genötigt, einzusetzen. In einer Versammlung der Arbeiter wurde der vom Holzarbeiterverband gemachte Vorschlag, daß alle Kollegen in den Betrieben, wo es keine Rahmen gefertigt werden, an diesem Montag als arbeitslos melden sollen, angenommen. Es wird besonders an die Arbeiter der kleineren Fabrikanten appelliert, da die letzteren die Aufträge von den Exporteuren übernehmen und um 10 Prozent billiger liefern wollen. Die Versammlung nahm den Vorschlag einstimmig an, protestierte gegen die jetzige uninnige Produktionsweise und beschloß, die gesamte Produktion lahmzulegen, bis der Kampf zwischen Fabrikanten und Exporteuren entschieden ist. In FÜRTH kommen circa 700 Arbeiter.

Sichtbilderorträge im achten Bezirk.

Von jeher war es eine schöne Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, neben der wirtschaftlichen Besserstellung seiner Mitglieder deren Wissensdrang zu befriedigen und durch geeignete Maßnahmen diesem Bedürfnis nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Das gewaltige Gebiet: Die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und ihre Arbeiter bildet den Gegenstand seiner überall mit großem Beifall aufgenommenen Vorträge.

In dieser Beziehung haben auch unsere Sichtbilderorträge kulturellen Wert. Sie sind aber auch in agitatorischer Hinsicht von solcher Bedeutung, daß man sie nur schwerlich missen möchte.

Die Elektrotechnische Lehranstalt des Physikalischen Vereins in Frankfurt a. M.

hat den Anfang 1912 mit 15 Teilnehmern eröffnet. Die Schüler haben entsprechend den Aufnahmebedingungen nicht nur eine Lehre abfolgt, sondern sind danach noch in Werkstatt, auf Montage oder im Maschinenbetrieb praktisch tätig gewesen.

Gewerkschaftsmitglieder als Konservative Agitatoren.

Bei der letzten Reichstagswahl ist es nicht überall mit rechten Dingen zugegangen, was ja nichts neues ist und was man bei der bekannten „ruhmvollen Vergangenheit“ manches Anhänger der Parteien des schwarzen-blauen Blaus auch kaum anders erwarten kann.

Nationaler Terrorismus.

Am 4. Februar hat der sogenannte Vaterländische Arbeitnehmerbund in Hamburg ein Stiftungsfest und eine Feyer zum Geburtsstag des Kaisers (diese auch-Patrioten sagen zwar „Kaisergeburtstags-Feyer“, eine Zusammenkunft von Wählern, die sie trotz ihres Kabau-partiotismus nur - den Engländern nach - abgehalten, wobei zugleich eine Feyer „geweiht“ wurde.

Herrn Schröder.

Da wir Ihnen die Arbeit bei ... nachgewiesen haben, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen die Arbeit unter der Bedingung nachgewiesen habe, daß Sie Vaterländisch gesinnt sind und dem Vaterländischen Arbeitnehmerbund beitreten.

Das sind die Leute, die ebenfalls nicht laut genug über den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften und nach mehr Gehör für die Arbeitswilligen schreien können.

Noch mehr Streikbrecherjagd nötig?

Im Oktober 1911 streikten auf einem Bau in der Marientaler Straße in Hamburg die Elektriker. Der Elektromonteur L. forberte einen andern, namens Böttcher, der sich nicht am Streik beteiligte, verhaftetenemal in fieslicher Weise auf, sich anzuschließen.

Dieser Fall zeigt aufs neue, wie vorstichtig Streikende beim Verkehr mit Streikbrechern sein müssen. Es ist nicht der erste Fall, wo dem Streikbrecher vom Gericht alles gesalbt wird, mag er auch noch so unsinnige Behauptungen aufstellen.

Vom Ausland.

Österreich.

Nach einem vierwöchigen Kampfe ist die Metallarbeiter-aussperrung in Prag und Umgebung beendet worden. Am 14. Februar kam eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeitergewerkschaft und denen der Unternehmer zustande, die als Abschluß langwieriger Verhandlungen die Einstellung des Kampfes ermöglichte.

Die Erfolge der Arbeiter sind demnach sehr bescheiden, sie kommen, wie es rundweg zu sagen, mit einem blauen Auge davon. Aber selbst diese geringen Erfolge hat die separatistische Metallarbeiterorganisation nicht aus eigener Kraft errungen, sondern nur infolge der entschlossenen Unterstützung durch die beteiligten zentralistischen Verbände.

Die alljährlich veröffentlichte auch heuer die Reichsgewerkschaftskommission am Jahresbeginn einen Bericht über die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung im abgelaufenen Jahre. Der diesmalige Bericht ist sehr erfreulich, weil er erweist, daß unsere Gewerkschaftsbewegung wieder auf dem Vormarsche begriffen ist.

schmiede erhöhte seine Mitgliederzahl von 2189 auf 2212. Auch seine Finanzlage ist günstig. — Der Verband der Maschinisten und Feizer behauptete seinen Mitgliederstand.

Eine Reihe von Jahren ist es den österreichischen Zentralgewerkschaften unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise und der separatistischen Agitation nicht am besten ergangen. Der Vorbericht der Gewerkschaftskommission bringt uns die erfreuliche Kunde: Es geht wieder vorwärts!

Die Budapest Maschinenfabrikanten wollen aussperrten. Wie weit die Sache beim Abschluß dieser Nummer „gediehen“ war, konnten wir nicht feststellen. Bericht folgt in nächster Nummer.

Frankreich.

wd. Der sechste Jahresbericht über die staatliche Subventionierung der Arbeitslosenklassen ist vor kurzem erschienen und aus ihm entnehmen wir, daß auch im Jahre 1910 der dafür festgesetzte Kredit von jährlich 110 000 Franken bei weitem nicht aufgebraucht worden ist.

Die Zahl der subventionierten Arbeitslosenklassen hat sich im Vergleich zu den Vorjahren wieder etwas erhöht. Es sind jetzt 106 Klassen mit 42 305 Mitgliedern, die unterstützt werden.

Es muß hierzu bemerkt werden, daß die zentralen Klassen einen höheren prozentualen Teil der Subvention erhalten. Jeder zentralen Klasse werden 30 Prozent der ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen zurückerstattet, während die lokalen Klassen nur 24 Prozent erhalten.

In der folgenden Tabelle geben wir eine Uebersicht über die Anzahl der subventionierten Klassen, Arbeitslosen etc.

Table with 6 columns: Jahr, Zahl der Klassen, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Entschädigt. Tage, Subvention in Francs, Staatliche Subvention in Francs. Rows for years 1905-1910.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris.

Wir empfehlen allen auf kürzere oder längere Zeit nach Paris Kommenden Kollegen und Genossen, sich dem seit 35 Jahren bestehenden deutschen sozialdemokratischen Leseklub in Paris anzuschließen, der jeden Sonntagabend im italienischen Saale der Maison commune, 49 Rue de Bretagne, seine Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen abhält.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Den 150 Bewerbern um die Stelle eines Bureauarbeiters zur Kenntnis, daß Ausschreibung und Vorwand des Mitglieds August König (Meisefeld) für die zu besetzende Stelle ausgewählt haben.

Um die Auflage der Jahresabrechnung für 1911 feststellen zu können, ersuchen wir die Ortsverbände, baldmöglichst ihren Verbandstellen zu wollen. Außer den Pflichtemplaren für die Ortsverbände erfolgt der Verband nur auf Bestellung.

Wieder muß die unangenehme Tatsache konstatiert werden, daß kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht Strafporto für ungenügend frankierte Briefe bezahlen müssen.

In letzter Zeit wurden mehrfach Beschränkungen gekündigt über den Fortbestand unserer Kasse infolge der Reichsversicherungsgesetzgebung und der Aufhebung des Hilfskassengesetzes.

Wieder muß die unangenehme Tatsache konstatiert werden, daß kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht Strafporto für ungenügend frankierte Briefe bezahlen müssen.

G a m b u r g, den 10. Februar 1912. Mit Gruß Der Vorstand.

